

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	5. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	2. Dezember 2014, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

**Punkt 1 der Tagesordnung: Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für die Rechnungsjahre 2015 und 2016:
Haushaltsreden des Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup und der Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz**

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Vorsitzende (am Rednerpult): Werte Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, Frau Bürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Einbringung eines Doppelhaushaltes in den Gemeinderat, in diesem Fall für die Jahre 2015 und 2016, ist ein ganz besonderes Ereignis, denn wir beginnen damit mit der Diskussion über Ihr Königsrecht, nämlich das Königsrecht des Haushaltes. Alles, was wir in den nächsten Monaten diskutieren und abschließend entscheiden, ist eine Prioritätensetzung der besonderen Art, ist eine Verantwortungsübernahme, die gar nicht größer einzuschätzen ist und ist auch das Gestalten eines Korridors, innerhalb dem die Verwaltung in den nächsten Jahren handeln kann. Ich freue mich jetzt schon auf die anstehenden Diskussionen, die mit dem heutigen Tage eröffnet werden, und dann aber auch auf einen hoffentlich einvernehmlich und mit großer Mehrheit gemeinsam getragenen Haushalt.

Wenn Sie sich mit der Diskussion um Städte beschäftigen, dann gibt es sehr viele positive Darstellungen. So gibt es eine weltweite Diskussion darüber, dass es den Trend vom Land in die Stadt gibt, es wird über Megacitys als Wohnorte der Menschheit gesprochen, entlang der Erkenntnis, dass sich die Innovationen der Zukunft, sich die Zukunft der Menschen vor allem in den Städten abbilden wird, und es gibt gar ein Buch eines amerikanischen Soziologen, der da behauptet, dass die Oberbürgermeister die seien, die eigentlich die Welt regierten, was ich aber ausdrücklich für mich nicht in Anspruch nehmen möchte. Wieder andere Quellen sehen das schon sehr viel skeptischer, und ich zitiere aus dem Wissensmagazin scinexx.de aus einer großen Aufsatzsammlung zum Thema „Die Stadt der Zukunft“:

„Wissenschaft und Praxis sehen der Zukunft der Stadt überwiegend skeptisch entgegen-

gen. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Belastungen sind hoch. Knappe Finanzen, wachsende Konkurrenz zwischen den Städten, Ressourcenverbrauch und Discrepanzen zwischen den Einwohnergruppen gestalten die Rahmenbedingungen schwierig. Im Gegensatz dazu stehen Visionen von der Stadt als Unternehmen, der Stadt im Einklang mit der Natur sowie der Stadt der Toleranz und des sozialen Ausgleichs.“

Wenn Sie sich diese beiden Extreme in einer Spanne vergegenwärtigen, stellen Sie fest, dass wir hier in Karlsruhe zwischen diesen Extremen in einer außerordentlich glücklichen Situation leben. Wir müssen keine Schwimmbäder schließen, wir haben keine eskalierenden Spannungen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, wir konnten und können unsere Rechnungen bezahlen. Wir sind eine prosperierende, wir sind eine wachsende Stadt. Die Menschen kommen zu uns, sie wollen bei uns leben, sie gründen hier ihre Familien, sie bereichern unserer Stadt durch ihre ganz unterschiedlichen kulturellen Wurzeln. Wir sind eine junge Stadt, wir sind eine internationale Stadt. Es macht Spaß, hier zu leben, und wir können alle ein bisschen stolz sein auf unsere Stadt, und das - nebenbei bemerkt - dürfen wir ruhig einmal laut sagen und gerne auch öfters.

(Einzelner Beifall aus der Mitte des Hauses)

Woran liegt das? Das liegt möglicherweise auch daran - auch wenn man das mit anderen Städten vergleicht -, dass wir auch nicht nur eine junge Stadt sind bezogen in Relation auf das Durchschnittsalter der Bevölkerung, sondern auch insgesamt eine junge Stadt. Wir haben keinen Ballast einer Tradition, etwa einer ausgesprochenen Festungsstadt, einer Bischofsstadt, einer jahrtausendealten Stadttradition, wir haben auch keine ganz ausgeprägte Tradition einer Industriestadt, auch keine ganz ausgeprägte Tradition einer Handelsstadt, nein, wir waren immer eine Stadt, die seit 300 Jahren in einer sehr erfolgreichen Weise davon lebt, dass immer wieder neue Menschen hinzukommen, dass sich diese neuen Menschen mit neuen Ideen in die Stadtgesellschaft einbringen, dass diese Ideen so interessant sind, dass sie wieder neue Menschen anziehen, und so ergibt sich ein Perpetuum, das uns heute nach knapp 300 Jahren auf 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner geführt hat. Und es ist eine Stadt, die sich dadurch letztlich immer wieder neu erfinden muss, die immer wieder neu ihren Weg finden muss, die immer wieder neu ihre Richtung finden muss. Und deswegen lade ich Sie ein, mit dem nächsten Doppelhaushalt auch ein Stück gemeinsam wieder für zwei Jahre die Stadt neu zu denken und dazu im Doppelhaushalt entsprechende Zeichen zu setzen.

Sie merken es schon - das als kurzer Einschub -, ich teile keine Rede aus. Ich habe eine so wunderbare Zuarbeit aus der Verwaltung bekommen, dass ich Ihnen stundenlang etwas erzählen könnte, und ziehe es deswegen vor, Ihnen in freier Rede für ausgesuchte Schwerpunkte einige Gedanken darzulegen. Hierfür bitte ich vor allem die Damen und Herren von der Presse um Verständnis.

Dass wir mit diesem Spirit in einer 300-jährigen Geschichte, die ja ein Stück weit schon im Privilegienbrief angelegt ist und damit sozusagen die DNA unserer Stadt darstellt, auch gerade in den letzten Jahren gut gefahren sind, war in der letzten Woche in der „Wirtschaftswoche“ wieder einmal zu lesen. Im Niveauranking der verglichenen 69 Städte über 100 000 Einwohner in der Bundesrepublik sind wir innerhalb des letzten

Fünf-Jahres-Zeitraums von Platz 17 auf Platz 9 nach oben gestoßen. Im Dynamikranking sind wir von Platz 41 auf Platz 15 nach oben gestoßen. Es gibt andere Untersuchungen für andere Sparten - ich kann mich erinnern, im letzten Jahr gab es eine Illustrierte, die am Ende zur Überraschung mancher festgestellt hat, Karlsruhe sei eigentlich die lebenswerteste Stadt. Und dem einen wie dem anderen lagen eben nicht nur abstrakte Wirtschaftsdaten zugrunde, sondern hier wurden die ganzen Themen der Lebensqualität einer Stadt beleuchtet. Hier geht es um kulturelle Angebote, hier geht es um Betreuungsangebote, hier geht es um den Arbeitsmarkt, es geht um das Wohnumfeld, um die Immobiliensituation, es geht um Bildungsangebote, es geht um den sozialen Zusammenhalt, um die Infrastruktur, kurz, eigentlich sind alle Bereiche der Kommunalpolitik berücksichtigt worden.

Wenn ich diese Ergebnisse ernst nehme, ist es um so sinnvoller, dass wir heute einen Doppelhaushalt einbringen, der in der Tradition dessen liegt, was die letzten Doppelhaushalte vorgegeben haben: Den Mut zu Investitionen und auch, neue Ziele beherzt anzugehen, den Mut, auch neue Aufgaben aufzunehmen und in Verwaltung, aber auch außerhalb der Verwaltung, zu unterstützen und in die städtische Entwicklung einzubinden, den Mut, da auch Personal fortzuentwickeln, wo wir es zur Bewältigung unserer Aufgaben unbedingt brauchen, und eine gute Balance darzustellen zwischen investiven und konsumptiven Ausgaben auf der einen Seite und auch eine Balance zwischen dem Geld, das wir sicher glauben zu haben, und dem Geld, das wir gegebenenfalls zusätzlich aufnehmen müssen, auf der anderen. Bürgermeisterin Luczak-Schwarz wird dazu nachher noch die Zahlen vorlegen. Wir bleiben insofern in der Tradition der letzten Doppelhaushalte, dass wir durchaus auch eine Kreditaufnahme in den Haushaltsplan einplanen, aber wir sind natürlich auch wieder optimistisch wie in den letzten Jahren, dass wir diese nicht gänzlich ausnutzen müssen. Wir wollen den Haushalt dahingehend fortschreiben, dass wir den aktuellen Schwung der Entwicklung Karlsruhes nutzen wollen, dass wir darin unsere Aufgabe als Politik, aber auch als Verwaltung erfüllen wollen und dass wir damit dieser guten Entwicklung im Moment nicht abbremsen, sondern dass wir versuchen, sie weiter zu nutzen, um uns am Ende insgesamt besser aufzustellen, weil wir zukunftssträchtige Investitionen rechtzeitig vorgenommen haben.

Auf der Einnahmeseite hingegen, sieht die Situation insgesamt differenzierter aus. Wir profitieren zum einen von Steuerzuweisungen und von den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg. Hier wirken sich - das haben Sie die letzten Jahre mitbekommen - durchaus die Ergebnisse des Mikrozensus positiv aus, weil wir im Vergleich zu den anderen Städten in Baden-Württemberg doch nicht so viel weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben, wie das ursprünglich mal angenommen wurde, und weil wir uns weiterhin in einer positiven Aufwärtsentwicklung in der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bewegen. Das summiert sich dann auf 440 Mio. Euro, was einem prozentualen Anteil von 40 % der Gesamterträge entspricht.

Etwas anders sieht es bei den Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen aus. Die Grundsteuer ist dabei eine vergleichsweise verlässliche Steuer, die auch seit Jahren beständig entsprechende Einnahmen darstellt. Bei der Gewerbesteuer haben wir in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 Mehrerträge erhalten, die aus Betriebsergebnissen früherer Jahre resultieren und somit Einmaleffekte darstellen. Bereits 2014 normalisieren sich die Er-

träge aus der Gewerbesteuer wieder auf vergleichsweise niedrigem Niveau und pendeln sich nach Eliminierung von Sondereinflüssen auf rd. 230 Mio. Euro ein. Das ist nicht die Steigerung, wie das durchaus derzeit in anderen prosperierenden Städten zu verzeichnen ist, und auch nicht die für uns notwendige Steigerung. Denn insgesamt sind wir auf die Gewerbesteuer als Anteil von etwa 20 - 25 % unserer Gesamterträge angewiesen.

Die Anforderungen der Wirtschaft und auch die aus der Bevölkerung an die Infrastruktur wachsen seit Jahren. So stellen wir etwa bei der bereits zitierten Umfrage der „Wirtschaftswoche“ fest, dass zur guten Positionierung von Karlsruhe etwa insbesondere der rasche Kita-Ausbau in Karlsruhe beigetragen hat. Wir haben innerhalb von 5 Jahren die Versorgungsquote um fast 13 % steigern können. Eine attraktive Schulinfrastruktur ist eine weiteres wichtiges Kriterium. Es geht aber auch um ein umfassendes kulturelles Angebot, es geht um Freizeiteinrichtungen, es geht aber auch um eine aktive Wirtschaftsförderung von Seiten der Stadt selber - über Gewerbeflächenmanagement, über One-Step-Agencys, und auch durchaus darum, dass die Stadt selbst mit eigenen Mitteln die Bildung von Clustern und Netzwerken fördert und damit ein Stück weit nicht nur innerhalb der Wirtschaft, sondern auch in Richtung Wissenschaft, Forschung und Lehre Brücken schlägt und Wirtschaftsentwicklung fördert.

Um in diesen Stärken nicht nachzulassen, schlagen wir Ihnen in diesem Haushaltsentwurf vor, zum ersten Mal seit 1998 die Gewerbesteuer anzuheben, und zwar von 410 auf 430 Hebesatzpunkte. Das entspricht einer Anhebung um unter 5 %. Wir brauchen diese Einnahmeart, um die Entwicklung der Stadt voranzubringen, zumal wir auch zusätzliche Risiken bei der Gewerbesteuer in naher Zukunft sehen. Die Gewerbesteuerentnahmen in Karlsruhe, hier gibt es große Unterschiede zu anderen Ballungsräumen, werden eher von vielen kleineren Einzählern erbracht, die großen produzierenden Gewerbesteuerzahler fehlen. Wir haben noch einen Anteil größerer Gewerbesteuerzahler aus dem Finanz-Dienstleistungsbereich. Hier wirkt sich die Niedrigzinspolitik, die im Moment vorherrscht, vor allem im Banken- und Versicherungsgewerbe sehr kritisch aus, und im Bereich Energie und den entsprechenden Auswirkungen brauche ich Ihnen gar nicht viel zu erzählen, wir erleben das ja schon bei den Stadtwerken bzw. der KVVH, wie sich hier derzeit der Einnahmeanteil aus den EnBW-Aktien entwickelt. Ähnliche Effekte können Sie gerne bei der Gewerbesteuer vermuten.

Die geplante Anhebung um 20 Hebesatzpunkte führt zu 10 Mio. Euro Mehrerträge. Wenn Sie das auf alle Gewerbesteuerzahler umrechnen, dann ist das für den Einzelnen eine durchaus überschaubare Summe. Wir liegen damit übrigens im Rahmen vergleichbarer Großstädte in Baden-Württemberg und schon gar nicht an deren Spitze. Es wird damit eine Basis verbreitert, die wir für die anschließenden Jahre brauchen, denn ich kann Ihnen jetzt schon vorhersagen - und Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz wird das noch vertiefen -, dass die steigenden Personalausgaben und Sachkosten, darunter etwa auch die Energiekosten, in den nächsten Jahren dazu führen werden, dass sich der Investitionsspielraum deutlich reduziert und dass wir durchaus im nächsten Doppelhaushalt über die eine oder andere Reduzierung von Qualitäten und Angeboten von Seiten der Stadt werden reden müssen. Ich sage das so vorsichtig, denn Sie kennen ja die entsprechenden Ankündigungen von dieser Stelle aus den Vorjahren. Doch wir hatten oft sehr viel Glück gehabt und wer derzeit die Gesamtsituation betrachtet, kann davon ausgehen, dass wir diesen Punkt der Umkehr in den nächsten Jahren erreichen

werden.

Wir hatten im letzten Jahr über eine Investitionsliste diskutiert, die insgesamt rd. 2 Milliarden Euro umfasste, von denen lediglich 320 Mio. gebührenfinanzierte Investitionen darstellten. Sie wissen, darin sind ganz viele Vorhaben, die wir angehen wollen, weil wir hierin eine Verbesserung der Ausgangssituation für die zukünftigen Aufgaben und damit der Zukunft sehen. Wir wissen aber auch - vieles ist in dieser 2-Milliarden-Liste noch gar nicht enthalten gewesen -, was uns Auflagen für Sicherheit und Brandschutz immer wieder neu an zusätzlichen Investitionen abverlangen, mit denen man mitunter vorausschauend in diesem Umfang nicht gerechnet hat.

Neben diesen Finanzaufwendungen sehen wir auch zunehmend das Problem, dass wir in der Verwaltung mitunter nur schwer in der Lage sind, von den personellen Kapazitäten her alle angedachten und in den letzten Doppelhaushalten mit Mitteln veranschlagten Hochbaumaßnahmen und andere Investitionen wirklich abzuarbeiten. Von daher haben wir uns bemüht, Ihnen in diesem Haushaltsentwurf einen realistischen Umfang von Investitionen vorzuschlagen, der einerseits unabdingbar notwendig ist, der aus unserer Sicht aber andererseits realistischerweise in diesen zwei Jahren auch umgesetzt werden kann. Als Gestaltungsraum haben für 2016 einen Korridor von 10 Mio. Euro für zusätzliche Projekte geschaffen, sodass wir miteinander flexibel diskutieren können, welche Vorhaben aus Ihrer Sicht noch dringend hineingehören.

Neben diesen Investitionen, die wir gemeinsam angehen wollen - und wie gesagt, wir haben nur die übernommen, die aus verschiedenen Gründen verpflichtend sind oder auch bereits schon begonnen wurden -, stellt sich doch die Frage, wie wir personell die Aufträge abarbeiten wollen, die sich zum Teil in den letzten Jahren auch durch Beschlüsse aus dem Gemeinderat aufgebaut haben. Von daher kündige ich hiermit an, dass wir in den Bereichen von HGW, beim Stadtplanungsamt, beim Bauordnungsamt und auch beim ZJD durchaus mit Ihnen über neue Personalkonzepte diskutieren wollen. Wir brauchen Personalkonzepte, bei der die eine oder andere Stelle bereits vorgezogen besetzt wird, weil wir diese Überhänge an Aufträgen in Angriff nehmen müssen. Auch das gehört zu den Erwartungen, die wir etwa gegenüber der Wirtschaft, aber auch gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern allgemein zu erfüllen haben. Ein positiver Nebeneffekt ist sicherlich, dass damit auch keine Kompetenz verloren geht, weil es Überschneidungszeiten derer gibt, die im Lauf der nächsten 10 Jahre die Verwaltung altersbedingt verlassen, zu denen, die neu hinzukommen. Wenn man sich die Personalsituation in manchen Berufen anschaut, dann ist es sowieso dringend erforderlich, dass wir versuchen, solange es überhaupt noch auf dem Personalmarkt attraktive und kompetente junge Leute gibt, hier schon diejenigen zu gewinnen, die wir in einigen Jahren brauchen, weil wir davon ausgehen können, dass die Personalsituation in einigen Jahren auf dem Markt sehr viel schwieriger ist.

Ankündigen möchte ich Ihnen auch, dass ich mit Ihnen diskutieren werde, ob es gelingen kann, den nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 schon im Jahr 2016 gemeinsam zu verabschieden. Denn wenn wir in eine Situation kommen sollten, dass es nötig ist, auch die eine oder andere Leistung zu reduzieren - und wir haben es vielfach auch mit Vertragspartnern außerhalb der Verwaltung zu tun -, dann macht es unbedingt Sinn, dass wir den Haushalt nicht in dem Jahr verabschieden, in dem er ei-

gentlich seit dem 01.01. schon gültig ist, sondern dass wir ihn schon im Vorfeld so verabschieden, dass sich die eine oder andere Stelle darauf einrichten kann.

Ich mache Ihnen nun zu vier Schwerpunkten Ausführungen, die ich in den nächsten Jahren für ganz besonders prioritär halte.

Die gesunde und lebenswerte, die grüne Stadt

Wir arbeiten derzeit in der Verwaltung an einem Konzept „Grüne Stadt“ unter der Federführung des Dezernats und unseres Bürgermeisters Klaus Stapf. Die Urbanisierung und Verdichtung der städtischen Flächen und Räume führt in vielen Fällen zu einem vermehrten Wunsch nach Lebens-, Wohn- und Aufenthaltsqualität. Wünsche wie ein gesundes und gesundheitsförderndes Umfeld, mehr Frei- und Erholungsräume, Naturnähe und Naturkontakt drücken hier wachsende Bedürfnisse der städtischen Gesellschaft aus. So haben wir oft bisher eine grüne Stadt oder eine sich grün entwickelnde Stadt diskutiert. Ich sehe aber gerade im Zusammenhang mit dem Klimawandel auch noch zunehmende andere Anforderungen, denen wir mit einer solchen Konzeption und einer konsequenteren Anpassungsstrategie entgegenreten müssen. Wenn Sie sich mit dem 2013 publizierten Bericht zur Anpassungsstrategie der Stadt Karlsruhe beschäftigen und hier die Klimaprognosen anschauen, dann stellen Sie fest, dass es in den Jahren 1970 bis 2000 an etwa 15 Tagen im Jahr gesundheitsgefährdend hohe Temperaturen in Karlsruhe gab. Die Prognose für die nächsten Jahrzehnte sagt voraus, dass sich das bis zum Jahr 2050 auf über 30 Tage im Jahr entwickeln wird, und das ist einer der höchsten Anstiege und eine der höchsten Konsequenzen des Klimawandels überhaupt in einer baden-württembergischen Stadt, und da sind wir selbst in der Rheinebene an vorderster Stelle. Brechen Sie das dann auf einzelne Stadtgebiete herunter, dann stellen Sie fest, dass es gerade hier im Innenstadtbereich, in Karlsruhe-Mitte, bis Ende des Jahrhunderts auf über 70 solcher Tage kommen kann, und das setzt natürlich ganz andere Fragestellungen an die Stadtraumgestaltung, an die Stadtentwicklung, an die Auswirkungen von Versiegelungen, an die Auswirkungen von Baumaßnahmen frei, und von daher möchte ich Sie einladen, mit diesem Konzept „Grüne Stadt“ die Schwerpunkte Natur, Freiräume, Klima und Gesundheit im urbanen Raum besser zu vernetzen und hier auch grundsätzlich diese Thematik einzubeziehen.

Wir haben dazu vier wesentliche Grundthemen gewählt, einmal die Zweiräumigkeit von Räume/Stadträume, dann geht es um Klima, Stadt und Stadtklima, es geht um Gesundheit, in der Konsequenz „Gesunde Stadt“, und es geht um Natur, in der Konsequenz auch um konkrete Stadtnatur. Diese Handlungsfelder überlagern sich, sie bieten die Möglichkeit, Synergien zu nutzen, und sie fordern die Notwendigkeit zu Abstimmungen mit anderen Politikbereichen heraus. Und wir werden aus den bestehenden Programmen Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK, aus dem Räumlichen Leitbild, aus den Verkehrsentwicklungsplanungen, aus Klimaschutz- und -anpassungskonzepten die passenden Ideen herausziehen und in diese Gesamtkonzeption einbinden, um zielgerichteter und konsequenter am Thema Anpassung an den Klimawandel zu arbeiten. Ein weiterer Vergleich, der Ihnen vielleicht einleuchtet: Wir haben derzeit in Karlsruhe etwa die Durchschnittstemperatur, wie sie Lyon vor 30 Jahren hatte, und die liegt immerhin 600 km weiter südwestlich, und das verdeutlicht noch einmal, dass neben der abstrakten Durchschnittstemperatur, die einem erst einmal keinen Hinweis gibt, sich das aber dann

doch in einer gesamtjährlichen Betrachtung erheblich auswirken kann.

Zu diesem Thema gehört dann auch die stadtplanerische Dimension. Da möchte ich Sie einladen, dass wir uns weiterhin an der Neuaufstellung eines Räumlichen Leitbilds intensiv beteiligen, dass wir neben dem Klimawandel auch das Thema Bauqualität, Stadtbild und Stadtentwicklung stärker in die Gesamtkonzeption einbringen. Wir brauchen eben nicht nur räumliche Strategien, die den negativen Auswirkungen des Klimawandels entgegenstehen, wir brauchen nicht nur Innenentwicklung und Qualifizierung des Bestandes durch behutsame Nachverdichtung statt weiteren Flächenverbrauch, wir brauchen nicht nur innovative Lösungsansätze in Gewerbegebieten oder die Qualifizierung und Weiterentwicklung der Landschaftsräume, wir brauchen auch eine Abstimmung darüber, was die Grundidee dieser Stadt ist. Der dringende Bedarf, sich an diesem räumlichen Leitbild länger aufzuhalten und es auch gemeinsam neu aufzustellen, ist mir beim Auftakt der Diskussion im letzten Jahr deutlich geworden. Viele sehen in unserer Stadt die ursprüngliche stern- und fächerförmige Stadtstruktur. Andere Büros im Rahmen unseres Wettbewerbs erschließen hingegen die Stadt von der Südtangente her und erschließen sich die Stadt über das, was sich hinter der so genannten „Grünen Banane“ erstreckt. Und dann kann jeder sofort bemerken, je nachdem, wie er sich der Stadt nähert und welche Beziehung er bisher zu ihr hatte, dass es zu sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen kommt. Um nicht am Ende in einem beliebigen Potpourri die Orientierung zu verlieren, scheint es mir daher ganz wichtig und sinnvoll, dass wir uns sehr konsequent auf ein räumliches Leitbild einigen, an dem entlang wir die städtebaulichen Entwicklungen voranbringen.

Zum Thema „Grüne Stadt“ gehören dann auch die Themen Klimaschutz und Energiewende, denn es reicht nicht, dass wir hier über Frischluftschneisen und Mikroklima diskutieren, sondern wir wollen das Unsrige dazu beitragen, das Klima zu schützen und die Energiewende zu begleiten. Und hier sind die Stadtwerke wichtige Partner, etwa die Wärmeauskoppelung aus der MiRO und die Einspeisung in das städtische Fernwärmenetz, das demnächst in eine zweite Ausbaustufe gehen wird. Es geht aber auch darum, bei einem öffentlichen Gebäude, wie etwa dem Wildparkstadion, eine klimaneutrale Umsetzung zu konzipieren und dann auch durchzuführen. Wir sollten die Gebäude, so es möglich ist, in Passivhausstandard errichten, wir werden die Stadtverwaltung mit zertifiziertem Ökostrom versorgen, und wir halten natürlich an den 2+2+2-Zielen fest. Das übergeordnete Ziel ist ja dann die Klimaneutralität Karlsruhes bis 2050. Hinzu kommen dann noch Themen wie die Kältegewinnung aus Fernwärme. Wir wollen auch weiter die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer animieren, die Wohnungen zu dämmen, aber auch durch andere Energieeffizienzmaßnahmen mitzuwirken, und wir haben bei den Stadtwerken ja beschlossen, uns an Windkraftanlagen zu beteiligen und haben schon 25 der ursprünglich mal vereinbarten 50 Megawatt erreicht. Das ist auch für den Standort von der technischen Entwicklung her eine große Herausforderung und eine große Chance. Bekannte Themenfelder wie SmartGrid und SmartHome, SmartQuarter, unser Quartier der Zukunft, oder auch unsere Beiträge im RegioWIN-Wettbewerb als Technologieregion tragen dazu bei.

Ein weiteres gesundheitsgefährdendes Thema ist der Lärm in dieser Stadt. Wir werden im nächsten Jahr die Fortschreibung des Lärmaktionsplans mit Ihnen diskutieren, wir wollen uns dabei auch durchaus auf zusätzliche Vorhaben einlassen. Die Stadt Ettlingen

wird sich beispielsweise engagieren, einen Teil der Autobahn, wenn sowieso eine Fahrbahnerneuerung ansteht, mit lärminderndem Asphalt zu versehen, indem diese Mehrkosten von der Stadt übernommen werden. So etwas könnte ich mir von Karlsruher Seite aus für andere einzelne Autobahnabschnitte vorstellen. Weitere Optionen können Lärmschutzwälle sein, kann eine Lärmschutzwand an der L 605 bei Bulach sein, die sich derzeit in der Planung befindet. Der Lärmaktionsplan sollte auch dahingehend fortgeschrieben werden, dass wir die bisherigen Belastungsspitzen mit mehr als 60 Dezibel nachts auf 55 Dezibel reduzieren, denn die Lärmspitzen ab 60 haben wir in den letzten Jahren weitgehend in den Griff bekommen. Aber es ist sinnvoll, hier nicht zu verharren, sondern sich weitere Ziele zu setzen. Dass wir das alles mit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung machen werden und das jetzt schon in einer überörtlichen Öffentlichkeit wahrgenommen wird, mögen Sie daran ermessen, dass Bürgermeister Stapf für die Stadt Karlsruhe am letzten Freitag in Düsseldorf den Nachhaltigkeitspreis aus den Händen von Staatsminister Peter Altmaier in Empfang genommen hat. In der Kategorie der großen Städte haben wir hinter Dortmund - zusammen mit Nürnberg - den zweiten Preis bekommen, und das ist - glaube ich - ein schöner Beleg dafür, dass wir mit unseren bisherigen Maßnahmen auch außerhalb der Stadt wahrgenommen werden, aber auch Verpflichtung, hier nicht nachzulassen.

Ein zweiter großer Schwerpunkt, den wir weiterentwickeln wollen und den das Dezernat 3 mit Bürgermeister Martin Lenz schwerpunktmäßig vertritt, ist das Thema

Soziale Stadt,

das absolute Rückgrat für ein gutes Zusammenleben, die Sicherung des sozialen Friedens, vor allem aber für die Erfüllung unserer Verantwortung, jeder Bürgerin, jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich in die Stadtgesellschaft einzubringen, hier seinen und ihren Platz zu finden, sich selber am Ende auch eigenverantwortlich in der Stadt engagieren zu können und für sich selbst auch wirtschaftlich Verantwortung zu übernehmen. Da geht es weiter um Transferleistungen für immerhin zurzeit rd. 27 000 Kinder und Erwachsene, die im Hilfesystem des Sozialgesetzbuchs II und XII sind. Es geht dabei nicht nur darum, dass diese Transferleistungen in den nächsten Jahren ansteigen, weil etwa die Zahlen ansteigen werden, sondern wir haben auch schon aus Gründen etwa der steigenden Energiekosten und Mieten hier doch einen zunehmenden Aufwand. Ich will Ihnen einfach mal ein paar Zahlen nennen, damit Sie die Dimensionen wahrnehmen: Der Bruttoaufwand lag im Jahr 2014 bei rd. 166 Mio. Euro und wird sich 2015 bzw. 2016 auf 172 bzw. 179 Mio. erhöhen. Wir haben auch im Bereich der Eingliederungshilfe erhebliche Kosten. Hier sind wir dringend darauf angewiesen, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung umsetzt, dass der Bund verstärkt in die Finanzierung einsteigt. Dabei geht es im übrigen nicht nur um eine Transferleistung, sondern es geht auch um das Thema Inklusion, und ich sehe die Diskussion und die Entwicklung da sehr positiv. So gibt es etwa immer noch einen großen Teil der Leistungsbeziehenden, die außerhalb von Karlsruhe oftmals in so genannten Komplexeinrichtungen betreut werden, und das ist eigentlich, wenn man sich die Behindertenrechtskonvention anschaut und auch unseren eigenen Anspruch an einer solidarische Gesellschaft, mit Sicherheit keine dauerhafte und gute Lösung.

Mit Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden im Moment 3 000

Personen unterstützt und auch hier summieren sich die Beträge auf ganz ordentliche Summen, aber ich freue mich, dass es hier auch in der Vergangenheit nie strittig war, dass wir zu unserer Verantwortung stehen und dass wir sowohl bei diesen Transferleistungen als auch in der Jugendhilfe zusätzlich unserem Anspruch gerecht werden und mit vielen ergänzenden Angeboten und auch Einrichtungen den einzelnen Familien unter die Arme greifen. Hier gilt auch weiterhin: ambulant vor stationär und vor allem vorrangig familienstärkende Angebote. Dies ist Schwerpunkt im Integrierten Stadtentwicklungskonzept und wir werden uns mit dem Thema Familienförderung im nächsten Jahr sehr intensiv beschäftigen. Ich bin auch froh, dass wir im Haushalt alle präventiven Angebote wieder fortschreiben konnten, denn nichts ist so erfolgreich, als dass wir durch rechtzeitige Unterstützung vor allem der Familien, aber auch des nachbarschaftlichen Umfeldes - und hier ist natürlich auch der Stadtjugendausschuss mit seinen vielfältigen Angeboten zu nennen - einer negativen Entwicklung von vornherein entgegenarbeiten.

Ein großer Schwerpunkt der vergangenen Jahre war der Kindertagesstättenausbau. Hier haben wir ja die ursprünglich einmal angepeilten 35 % mit 45,2 % bis Ende 2014 schon weit überboten. Ich sage aber auch, dass das finanziell nur durch die zunehmende Landesfinanzierung über den Pakt für Familien möglich war und auch weiter möglich sein wird. Wir halten an dieser Entwicklung fest, und Sie werden im neuen Doppelhaushalt 2015/16 insgesamt weitere 113 Plätze für Kinder unter 3 Jahren sowie 64 Plätze für Kinder über 3 Jahre bis zum Schuleintritt in der Investition und im Betriebe finden. Die Aufwendungen für den Betrieb aller Karlsruher Kindertageseinrichtungen - einschließlich der Horte und betreuten Spielgruppen - steigen von über 106 Mio. Euro für 2015 auf 112 Mio. Euro für 2016. Vom Land werden dafür etwa 38 Mio. Euro jährlich beigesteuert. Auch die Aufwendungen für die Tagesmütter und -väter steigen. Ich bin auch sehr froh, dass es uns gelungen ist, mit der Unterstützung des Gemeinderats bereits jetzt im Haushalt die Fortschreibung der bisherigen Sprachförderprogramme, die es in Karlsruhe gibt - da ist einmal das Programm "Sprachförderung an 20 Karlsruher Kitas", und das Bundesprogramm "Frühe Chancen", das Ende nächsten Jahres ausläuft - aufzunehmen. Verbunden ist das mit der Ankündigung, dass wir bis August 2017 ein Sprachbildungskonzept vorlegen wollen, das diese Maßnahmen evaluiert und sie gleichzeitig in einem neuen Konzept mit unseren Erfahrungen fortsetzt.

Der Ausbau der Schulen steht ebenfalls wieder im Mittelpunkt unseres Haushaltsplanentwurfs. Hier geht es um die Kosten für die Einrichtung von Ganztagsgrundschulen in Wahlform oder in verbindlicher Form an der Heinrich-Köhler-Grundschule, an der Schiller-Grund- und -Werkrealschule und der Weiherwaldgrundschule. Für die Umstellung des Ganztagsbetriebs von den Schulversuchsbestimmungen auf die gesetzlichen Regelungen sind die Drais-Grund- und -Hauptschule, die Hans-Thoma-Grundschule, die Leopold-Grundschule und die Pestalozzi-Grund- und -Werkrealschule zum Schuljahr 2015/16 berührt. Wir setzen auch im Bereich der Schulsanierung den Schwerpunkt bei den Gymnasien fort. So ist der naturwissenschaftliche Bereich des Goethegymnasiums vorgesehen. Nennen möchte ich auch die Erweiterung des Max-Planck-Gymnasiums, die Ganztageseinrichtung des Fichtegymnasiums oder die Modernisierung des naturwissenschaftlichen Bereichs des Otto-Hahn-Gymnasiums. An weiteren wichtigen Schulbaumaßnahmen - und hier will ich nur die wichtigsten nennen - haben wir die Erweiterung der Grundschule am Wasserturm eingeplant, für die Augustenburg-Gemeinschaftsschule liegt das Ergebnis des Planungswettbewerbs vor, und wir wollen

das jetzt umsetzen. Die Aufstockung der Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen der Heinrich-Hertz-Schule sollen in einem zweiten Bauabschnitt weitergeführt werden.

Beim Wohnungsbau führen wir die Programme fort, die Sie uns bei den letzten Haushaltsberatungen aufgetragen haben. Hier geht es um Wohnungsbau insgesamt, vor allem natürlich um den Bau preisgünstiger Mietwohnungen. Hier wird in Zukunft noch eine intensivere Arbeit neben den finanziellen Anreizen auf der Suche nach Flächen und weiteren Bauträgern für solche Projekte liegen. Da haben wir beim letzten Mal hier im Gemeinderat schon festgestellt, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

Beim Thema Obdachlosigkeit stellen wir fest, dass die Zahlen derzeit ansteigen. 290 Personen im Dezember 2012, 362 in 2013. Wir rechnen in Zukunft mit bis zu 500 Personen und müssen deshalb hier die Belegungsvereinbarungen für die Zahl der Betten weiter aufstocken.

Auch freue ich mich, dass wir die Förderung der Sportvereine auf dem hohen Karlsruher Niveau fortsetzen können, denn zum Thema Bildung, Kinder und Jugend und Freizeit und Wohnwert gehören die Sportvereine wie auch alle anderen Vereinstätigkeiten in besonderer Weise dazu.

Zum Thema Bildung und zum Thema Kultur sei noch einmal auf die Erklärung der Menschenrechte verwiesen, die sich auch in unserem Kulturkonzept wiederfindet. Kulturelle Bildung, kulturelles Lernen, aber auch kulturelle Angebote sind ein wichtiges gemeinsames Ziel von Stadtpolitik und ich freue mich, dass wir hier die Tradition fortsetzen können, zu einer der Städte zu gehören, die pro Einwohnerin und pro Einwohner über den höchsten Kulturetät verfügt und dass wir nicht nur unsere großen Einrichtungen weiter fortentwickeln, sondern dass wir auch sehr kleinteilige Angebote machen an Kulturinitiativen aller Art und Kultur für alle für uns keine leere Formel ist, sondern sie von der Verwaltung und insbesondere vom Kulturamt sehr intensiv gelebt wird.

Beim Thema „Kulturelle Bildung“ gibt es schon wieder Überschneidungsbereiche innerhalb der Verwaltung. Sie ist mitzudenken bei der Entwicklung von Stadtteilen, sozialen Treffpunkten und kulturellen Stätten. Besonders zu nennen ist sie bei der Fortentwicklung der Stadtteilbibliotheken wie der Stadtbibliothek insgesamt. So ist die neue Stadtteilbibliothek in Mühlburg ja bereits in Planung. In einem längeren Zeitfenster sehen wir auch für Grötzingen eine neue Stadtteilbibliothek vor, das ist ja ein Teil des Wettbewerbs um die Augustenburg-Gemeinschaftsschule gewesen. Und wir werden auch den Medienetat der Stadtbibliothek insgesamt schrittweise in den nächsten Jahren auf eine vergleichbare Höhe zu anderen Städten anheben. Da waren wir in den letzten Jahren vergleichsweise doch schlechter ausgestattet

Ich freue mich auch sehr, dass wir als Gemeinderat zum Badischen Staatstheater stehen. Es war jetzt gerade das Preisgerichtsverfahren, ich komme gerade von der Pressekonferenz und bin sehr froh, dass es zusammen mit dem Land gelungen ist, aber auch mit einer intensiven Beteiligung dreier Vertreterinnen und Vertreter von Ihnen, hier sehr gute Entwürfe zu prämiieren. Es gibt zwei erste Preise, die sich in weiteren Verhandlungen konkurrierend an der Sache beteiligen. Beide erste Preise sind außerordentlich attraktiv und erfüllen nicht nur die funktionellen Anforderungen des Theaters, sondern

auch die Anforderungen an das Stadtbild und die Entwicklung dieses wichtigen Platzes in unserer Stadt. Das ZKM, gemeinsam getragen von Stadt und Land, wird nicht nur mit der kostenintensiven Sanierung der Sprinkleranlage im nächsten Jahr für die Zukunft runderneuert aufgestellt, die „Globale“ wird es in seiner Einzigartigkeit noch weiter bekannt machen.

Als dritten Schwerpunkt nenne ich Ihnen für die nächsten Jahre das Thema

Die mobile Stadt

Die mobile Stadt und Mobilität allgemein sind natürlich Querschnittsthemen, die sich in allen anderen großen Schwerpunkten wiederfinden. Gerade die Themen Klimawandlung und Anpassung sind doch ohne das Thema Mobilität nicht denkbar. Aber wir haben in den nächsten zwei Jahren hier solche Aufgaben miteinander zu bewältigen, aber auch ein paar Grundsatzentscheidungen zu treffen, dass ich diesem Thema „Mobile Stadt“ einen eigenen Schwerpunkt im Rahmen der Haushaltsberatungen einräume und hier ein besonderes Schwerpunktthema für das Dezernat 6 und Bürgermeister Michael Obert sehe. In den Städten der Welt setzt sich zunehmend ein Umdenken in Richtung Stadtverträglichkeit und Nachhaltigkeit durch, und wir haben die Aufgabe, uns über die zukünftige Entwicklung des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs, des Autoverkehrs und aller dieser Beziehungen untereinander zu verständigen. Der Verkehrsentwicklungsplan, der Ende 2012 vom Gemeinderat beschlossen wurde, listet ja rund 120 Maßnahmen auf, die wir so in den nächsten zwei Jahren gar nicht alle umsetzen können, selbst wenn wir es wollten. Umso wichtiger ist es, jetzt die Schwerpunkte herauszufiltern und auch gemeinsam anzugehen, die auch den Erwartungen der Bevölkerung entsprechen, damit wir nicht nur Entwicklungspläne aufstellen, sondern sie auch konsequent umsetzen.

Der öffentliche Verkehr ist im Moment von den Baumaßnahmen zur Kombilösung geprägt. Ein zusätzliches Aha-Erlebnis für mich war übrigens, als ich mir beim Thema Klimawandel die besonderen Auswirkungen auf die Innenstadtquartiere angeschaut habe und dann feststellen konnte, dass wir mit der Kombilösung durchaus auch eine passende Teilantwort auf die entsprechende Steigerung der heißen Tage gerade hier in der Mitte der Innenstadt geben können, was seinerzeit aus meiner Sicht noch gar keine Rolle gespielt hat, und so merken Sie, dass am Ende die Themen manchmal besser ineinandergreifen, als es ursprünglich geplant war. Dennoch sollten wir neben dem Thema Kombilösung auch den Ausbau des ÖPNV darüber hinaus nicht aus den Augen verlieren. Da haben Sie zum Thema Knielingen ja schon erste Entscheidungen getroffen, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich alle daran beteiligten, dass wir auch den Ausbau und die Fortentwicklung der öffentlichen Personennahverkehre außerhalb des Stadtgebiets von Karlsruhe weiter voranbringen. Die finanzielle Entwicklung der Kosten für den ÖPNV sind ja nun alles andere als besonders erfreulich, doch können wir dem aus meiner Sicht nur begegnen, wenn wir ihn weiter hochattraktiv halten und es eher darauf anlegen, noch zusätzliche Nutzerinnen und Nutzer zu finden, anstatt in einer Art Rückwärtsgang anzunehmen, wir könnten am Ende unsere Fixkosten durch Reduktion der Angebote besser in den Griff bekommen.

Zum Thema Radverkehr hat der Gemeinderat 2005 ein 20-Punkte-Programm beschlossen, das unter anderem die Steigerung des Radverkehrsanteils von 16 % auf 23 % bis zum Jahr 2015 vorgesehen hat. Dieses Ziel haben wir bereits erreicht - mit einem Anteil von 25 % -, und jetzt gilt es gemeinsam zu diskutieren, ob wir das konsequent fortsetzen bis zu der Marke von 30 % für das Jahr 2020 und was das dann bedeutet. Und da sehe ich schon grundsätzliche Diskussionen, die wir miteinander führen müssen und die ich auch gerne mit Ihnen führen will, denn wir müssen uns dann doch über weitere Radrouten, wir müssen uns um die Einrichtung richtiger Fahrradstraßen bemühen, denn die bisherigen Angebote an die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer oft auch in einer Konkurrenz zu Fußgängerinnen und Fußgänger erweisen sich eben dauerhaft als nicht tragbar. Hier müssen wir konsequent nachlegen, wenn wir es mit diesem Ausbauziel ernst meinen.

(Einzelner Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

Im Jahr 2011 wurde Karlsruhe als fahrradfreundliche Kommune ausgezeichnet. Die Auszeichnung wurde für 5 Jahre vergeben, und im Jahre 2017 wieder überprüft. Wir wissen jetzt schon, dann wir, wenn wir nicht mit weiterentwickelten Konzepten an den Start gehen, Gefahr laufen, ausgerechnet im 200. Jahr der Erfindung des Laufrades durch Karl von Drais das Etikett als fahrradfreundliche Kommune zu verlieren, und das ist etwas, was ich auf alle Fälle vermeiden möchte - und zwar nicht wegen dieses Etiketts, sondern weil ich davon überzeugt bin, dass wir den Bedarf an zukünftiger Mobilität nur durch einen noch ausgeprägteren Mix zwischen den verschiedenen Mobilitätsarten erfüllen können.

Die Fußgängerinnen und Fußgänger sollten uns in den nächsten Jahren auch noch mal ein besonderes Anliegen sein. Wir müssen gerade bei den ganzen Maßnahmen, die wir jetzt im Zusammenhang mit der Kombilösung, aber auch bei der Diskussion um das Thema Parken, was uns im Herbst sicherlich vor Ort auch noch tief bewegen wird, schauen, wie wir stärker die Sichtweise und die zum Teil eingeschränkten Mobilitätsmöglichkeiten der älter werdenden Fußgängerinnen und Fußgänger berücksichtigen können, denn nur, wenn ich mich in meinem Wohnumfeld auch als Fußgängerin oder Fußgänger im Verkehr sicher fühle, werde ich dieses Wohnumfeld als meine Heimat begreifen und annehmen können, und nur dann bin ich auch wirklich in der Gesellschaft in meiner Stadt so zu Hause, wie ich das als Stadt für meine Bürgerinnen und Bürgern für selbstverständlich halte.

Beim Thema Kraftfahrzeuge/Straßeninfrastruktur sind wir in den letzten Monaten und Jahren den Weg gegangen, hier zu einer Verbesserung des Managements zu kommen und zu einer Verbesserung durch Verkehrsinformation beizutragen und haben mit der VMZ, der Verkehrsmanagementzentrale, eine jetzt doch stark beachtete Möglichkeit der Information über Baustellentätigkeiten, Staus u. a. aufgelegt. Interessant und für mich jetzt auch in dieser Dimension noch nicht vorher klar: In der Regel haben wir etwa 30 000 Klicks am Tag auf dieses Internetportal, in der Hochphase der sommerlichen Baustellen hatten wir etwa 100 000 Klicks am Tag, das zeigt doch, dass diese Verkehrsmanagementzentrale außerordentlich wahrgenommen wird und dass wir gut daran tun, nicht jedem Bedarf eine neue Straße hinterherzubauen, was wir sowieso in unserem engen Stadtraum nicht realisieren könnten, sondern hier eine kluge Verkehrsfüh-

rung und in ein kluges Verkehrsmanagement zu realisieren.

Die Baustellenkoordination schließlich - auch wenn es mancher Bürger und manche Bürgerin nicht so recht glauben kann oder will - ist außerordentlich erfolgreich, und sie wurde nicht umsonst mit dem ersten Preis beim E-Government-Wettbewerb mit internationaler Beteiligung ausgezeichnet. Hier gilt mein besonderer Dank dem Tiefbauamt, das diese Dinge wirklich konsequent fortentwickelt und jetzt auch mit der App KAMobil, der Karlsruher Verkehrs-App, ein neues Angebot an den Markt gebracht hat, die - wie ich weiß - von vielen tausend Menschen gerne wahrgenommen wird.

Der vierte Schwerpunkt, den ich setzen will, ist die

Internationale Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt.

Da geht es um Wirtschaft um Gewerbe, um Wissenschaft, Forschung und Lehre, und dieses Thema Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt ist auch im Blick auf die demografische Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung. In Anbetracht der Zeit will ich Ihnen viele einzelne Zahlen ersparen, aber Sie wissen es alle, wir haben zwischen 2000 und 2013 per Saldo etwa 20 000 Personen in die Stadt bringen können, die sich hier angemeldet haben. Wir haben auch eine Einwohnerentwicklung, die es z. B. stabil hält, dass wir auch in Zukunft tendenziell eher steigende Zahlen von Kindern und Jugendlichen und einen gleich bleibenden Anteil an der Gesamtbevölkerung haben. Wir haben auch eine steigenden Zahl von älteren Menschen, aber auch deren Anteil bleibt in den nächsten Jahren gleich, und das ist doch ein deutlicher Unterschied zu manchen Kommunen in eher ländlichen Räumen in Baden-Württemberg, die gerade bei den Kindern und Jugendlichen einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen haben.

Dies liegt auch an einem hohen Wanderungssaldo aus dem Ausland. In den zurückliegenden drei Jahren etwa haben wir jährlich 600 Einwohnerinnen und Einwohner aus Rumänien in unserer Stadt willkommen heißen können, 350 Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Polen, 150 pro Jahr aus Bulgarien, 150 aus Ungarn, 200 aus Spanien, 150 aus Italien und 100 aus Griechenland, d. h., wir sind auch weiter eine sehr internationale Stadt, und anders als anderswo gelingt es hier aber, diese Zuwanderung in die Stadtgesellschaft zu integrieren, sie in der Stadtgesellschaft aufzunehmen und willkommen zu heißen. Und das trägt zum positiven Bevölkerungssaldo der Stadt Karlsruhe in erheblichem Maße bei.

Als Thema rückt dadurch aber noch stärker die Schaffung von Wohnraum in den Mittelpunkt und während anderswo in Regionen die Belegungsdichte sinkt, ist sie in Karlsruhe seit 2000 von 1,9 Personen pro Wohnung auf 2,08 Personen pro Wohnung angestiegen. Diesen 20 000 Personen, denen etwa 10 000 Haushalte zugrunde gelegt werden, standen im selben Zeitraum eben nur 7 000 neu fertig gestellte Wohnungen gegenüber, und von daher wird es ein großer Schwerpunkt der nächsten Jahre sein, hier eine konsequente, stadtbild- und sozialraumverträgliche Fortentwicklung von Wohnen zu ermöglichen.

Beim Thema Wirtschaft - das ist aus den Umfragen deutlich geworden - sind wir im Moment sehr erfolgreich und sehr kompetent aufgestellt. Hier gibt es ja die Tradition

der Cluster- und Netzwerkarbeit bereits seit 1997 in Karlsruhe und sie ist außerordentlich erfolgreich. Cluster definieren eine Netzwerkarbeit, bestehend aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und ergänzenden Akteuren, und mit unseren vier besonders geförderten Kompetenzfeldern und Clustern im Bereich der Informationstechnologie mit dem Cyberforum, mit dem Automotive-Engineering-Network, zum Thema Energie mit dem Energieforum und der Kreativwirtschaft unterstützen wir hier als Stadt ganz massiv nicht nur die Netzwerkbildung, sondern auch die Gründung und Möglichkeiten von Start-Ups am Ort ihres Studiums oder ihrer ersten Tätigkeit, und übernehmen damit doch in ganz erheblicher Weise von Seiten der Kommunalpolitik die Verantwortung für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft.

Wir werden mit der Wirtschaft aber auch noch intensiver in Kontakt treten, welche Erwartungen sie hat, was die Erwartungen und ggf. die Beschleunigung von verwaltungsinternen Prozessen angeht. Von der Personalsituation habe ich ja schon berichtet, und auch diese Ergebnisse werden wir dann mit ihnen diskutieren. Mir geht es darum, dass sich diese sehr gute Zusammenarbeit fortsetzt und dass wir uns hier noch weiter, als es sowieso schon ist - und wir sind ja auf einem sehr, sehr hohen Niveau -, als Partner einer gemeinsamen Entwicklung verstehen und abstimmen: Wenn dann in Wettbewerben festgestellt wird, dass wir etwa mit dem Cyberforum und bei entsprechenden Clusterwettbewerben schon mehrfach ausgezeichnet worden sind, unter anderem als Clusterexzellenz Baden-Württemberg, oder dass wir mit dem IKT-Bereich bei der europaweiten Untersuchung von 1 000 Regionen auf den vierten Platz gekommen sind, dann bin ich davon überzeugt, dass unsere kommunale Unterstützung für die Gründung, für die Start-Ups, aber auch für die Netzwerk- und Clusterbildung zu diesem Erfolg in besonderer Weise beigetragen hat und weiterhin beiträgt. Wir werden im Bereich der Energie- und auch im Bereich der Kreativwirtschaft diese Anstrengungen in den nächsten Jahren noch verstärken. Hier ist dann auch das Thema Abstimmung mit der Region und Clusterbildung in die Region hinein ein ganz wichtiger Punkt.

Beim Thema Kreativwirtschaft ist es sehr spannend, sich das Thema Gaming in Karlsruhe anzuschauen, das an der Schnittstelle zwischen Kreativwirtschaft und IKT liegt. Wenn ich sehe, welche Aufmerksamkeit hier Karlsruhe in der Fachszene weltweit schon auf sich zieht, dann ist das sehr beeindruckend, und dann sollten wir das auch weiter unterstützen. Zudem ich gute Möglichkeiten sehe, die eine oder andere Technik, die sich aus dem Gaming, aus der Gamification ergibt, auch etwa für Beteiligungsprozesse mit der Bevölkerung, mit den Bürgerinnen und Bürgern einzusetzen. Neben dem Thema Finanzen ist die Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt im Dezernat 4 mit Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz ein wichtiges Zukunftsthema.

Zu dem Thema Internationale Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt gehört dann auch noch das Thema Region. Hier betätigen wir uns in einer ganzen Reihe von nationalen und internationalen Interessenvertretungen und Netzwerken, nicht nur im unmittelbaren Umfeld Karlsruhes, sondern auch international, etwa beim Städtetag oder bei den Eurocitys. Hier sollten wir uns weiter mit großem Selbstbewusstsein und entsprechenden Best-Practice-Beispielen und Benchmarks aus Karlsruhe einbringen. Der TechnologieRegion Karlsruhe steht eine weitere Entwicklung bevor, die wir auch die nächsten Jahre noch gemeinsam intensiv diskutieren sollten, für die Stadt sind die ersten Schritte hierzu eingeleitet. Die bisherige Koordinierungsstelle für europäische und regionale Be-

ziehungen ist zur Stabsstelle Außenbeziehungen weiter ausgebaut worden. Wir werden uns dann beispielsweise im Rahmen der Städtepartnerschaften noch einmal insgesamt mit unseren Projektpartnerschaften und klassischen Städtepartnerschaften und einer besseren Vernetzung und Verzahnung auch der jeweiligen internationalen Aktivitäten beschäftigen.

Ein großer Erfolg ist auch die Zusammenarbeit mit der Forschung und den Hochschulen. Die Wissenschaft und die Technologie, der ganze Universitäts- und Hochschulbereich ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für unseren Standort und trägt mit Sicherheit dazu bei, dass Karlsruhe insbesondere bei jungen Leuten - das hat kürzlich eine entsprechende Umfrage ergeben - außerordentlich positiv besetzt wird. Wir haben es auch geschafft, hier die Wissenschaft und die wissenschaftlichen Themen aus ihren Elfenbeintürmen, sofern sie da noch saßen, ein bisschen herauszulocken, und wenn ich mir das Wissenschaftsfestival „Effekte“ oder den Wissenschaftswettbewerb „Famelab“ anschau, dann haben wir hier auch Formate, die in der Öffentlichkeit auch außerhalb von Karlsruhe sehr stark wahrgenommen werden.

Etwas, was ich mit Ihnen gerne noch verstärken würde, ist die Einbeziehung der studentischen Kultur in das Stadtleben. Das findet aus meiner Sicht manches noch sehr parallel zum traditionellen Kulturbetrieb statt. Es gibt zwar auch schon ganz viele kleinere studentische Kulturprojekte, die von der Stadt gefördert werden. Insgesamt sollten wir uns aber vornehmen, uns diesem besonderen Teil der Bevölkerung in unserer Stadt noch verstärkter zu widmen, uns einfach erst einmal kennen zu lernen, sie aber auch stärker in die entsprechenden Kulturprogramme mit zu integrieren.

Beim Thema Außenwirkung - ich bin immer noch bei der internationalen Wissenschafts- und Wirtschaftsstadt - spielt das Thema Sport eine große Rolle. Die Diskussion um das Wildparkstadion haben wir hier gemeinsam zu einem erfolgreichen Zwischenschritt geführt. Beim Thema Europahalle - das wissen Sie alle - stehen in den nächsten Monaten Entscheidungen an. Wenn ich mir aber allein die Großsport-Aktivitäten in der Neuen Messe in den ersten beiden Monaten im nächsten Jahr anschau, gelingt es, aus diesem Problem eine große Chance zu machen - nicht nur in der Außendarstellung. Dauerhaft werden wir uns aber damit beschäftigen müssen, ob wir die Europahalle - in welcher Form auch immer - weiterführen können oder ob sich hier nicht doch dauerhaft neue Anforderungen an unser Messegelände ergeben könnten.

Neben diesen vier Arbeitsschwerpunkten für die nächsten zwei Jahre - aber auch darüber hinaus - lassen Sie mich noch einzelne Themen ansprechen, die ein bisschen quer zu allen diesen Themen liegen.

Ich bin sehr froh, dass schon vor meinem Amtsantritt mit einer Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit vorbereitet und am Ende - da war ich dann schon im Amt - gemeinsam verabschiedet wurden. Es geht darum, dass wir bei einer entsprechend sich verändernden und entwickelnden Verwaltung immer wieder eine gemeinsame Kultur des Umgangs miteinander, der gemeinsamen Verantwortungsübernahme und auch der Wertschätzung bei gleichzeitiger Möglichkeit der individuellen Einbringung einzelner Kompetenzen miteinander fortentwickeln. Wir müssen auch stärker Personalmarketing und die Arbeitgebermarke Stadt Karlsruhe mitei-

inander besprechen und voranbringen. Wenn Sie sich bewusst machen, dass der Altersdurchschnitt der Stadtverwaltung bei 47 Jahren liegt und in den kommenden 10 - 15 Jahren bis zu 44 % aller Mitarbeitenden aus Altersgründen ausscheiden, dann ist es dringend an der Zeit, dass wir rechtzeitig Übergangsprozesse organisieren, dass wir aber auch ein kompetentes Personalmarketing auflegen. Denn anders als vor einigen Jahren ist es gar nicht mehr so einfach, junge Menschen davon zu überzeugen, bei der Stadtverwaltung in eine Tätigkeit oder in eine Ausbildung zu gehen. Hier müssen wir allgemeine Perspektiven aufzeigen, wir müssen aber auch fachspezifische Perspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten entwickeln. Es muss weiter um die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehen, wobei Familie hier sowohl die Kinder als auch zu pflegende Familienangehörige gemeint sind, es geht um das betriebliche Gesundheitsmanagement, um flexible Arbeitsbedingungen und die Intensivierung unserer Ausbildung und Führungskräfteentwicklung. Wirkungsvolle und zielgruppenorientierte Personalmarketingstrategien sind vonnöten, denn in anderen Bereichen werden sie schon betrieben, und diese Konkurrenz fischt uns dann zum Teil die guten Leute weg, und hier müssen wir uns als attraktive Arbeitgeberin präsentieren.

Das Ganze muss sich dann aber auch in der Qualität der Dienststellen und der Ausstattung wiederfinden. Ich werde mit Ihnen intensiv darüber diskutieren, wie wir das Rathaus am Marktplatz dann doch in einzelnen Bauabschnitten und etwas umfassender in den einzelnen Bauabschnitten voranbringen können. Wir müssen uns über das Haus Solms verständigen, und auch das Technische Rathaus inklusive der Kantine ist etwas, was wir im Doppelhaushalt, aber auch in der Zeit danach noch intensiv gemeinsam angehen müssen. Wir können ein noch so gutes Image als Arbeitgeber haben, aber wenn man dann in unsere Räumlichkeiten hineinkommt und sich dort von vorneherein nur schwer die zukünftige Arbeit vorstellen kann, dann werden wir diese Attraktivität nicht aufrechterhalten und schon gar nicht ausbauen können. Alle diese Themen will ich mit dem Gesamtpersonalrat und seinem Vorsitzenden Werner Pfitzner intensiv besprechen und die Verwaltung unter Federführung des Dezernats 2 mit Erstem Bürgermeister Wolfram Jäger in Kultur und Struktur weiterentwickeln.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die verstärkte Projektarbeit. Wir haben das jetzt beim Neubau des Wildparkstadion einmal gemeinsam sehr konsequent und sehr zielorientiert umgesetzt. Werden wir doch vorrangig daran gemessen, wie die Projekte ablaufen, die in den Augen der Bevölkerung besonders wichtig sind. Diese Projekte erfordern es meist, dass wir intensiv ämter- und dezernatsübergreifend zusammenarbeiten. Dies wollen wir zu einer neuen Qualität der Kultur innerhalb der Stadtverwaltung machen, mit möglichst flachen Hierarchien, mit dem Abrufen der Kompetenzen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit der Möglichkeit, auch einmal für den anderen Kollegen aus einem anderen Fachbereich mitdenken zu können und auch zu sollen und dann in einem gemeinschaftlichen Prozess zu den besten Ergebnissen zu kommen.

Nach dem Stadion im Wildpark, das hier mit insgesamt 11 Projektgruppen arbeitet, haben wir jetzt die Zukunft des Zoologischen Stadtgartens als weiteres Projekt aufgesetzt, denn hier sind noch mal die Kompetenzen und Qualitäten verschiedener Ämter, zum Teil auch Dezernate, gefordert, wenn man sich einmal vor Augen führt, welche vielfältigen Funktionen für die Bürgerinnen und Bürger der Zoologische Stadtgarten erfüllt und wie begrenzt er letztendlich durch seine räumliche Ausdehnung ist.

Ein weiteres wichtiges Querschnittsthema wird das Thema Weiterentwicklung der IT der Stadt Karlsruhe sein. Hier geht es nicht nur darum, dass wir die ja schon begonnene Diskussion über Bürgerbeteiligung, und entsprechende Informationsfreiheit - Open Data, Open Source - oder E-Government weiterentwickeln, sondern es geht auch darum, dass wir nach einer sehr verdienstvollen Arbeit in unserer Stadtverwaltung, die in vielen Bereichen schon Angebote an die Bürgerinnen und Bürger formuliert hat, was etwa die Möglichkeiten von Anmeldungen betrifft, auch die Informationsgewinnung, wie sie in anderen Städten so noch nicht vorhanden waren, jetzt aber doch in eine Phase kommen, in der wir die Grundstruktur - da hat eine entsprechende Untersuchung schon stattgefunden -, in eine neuere Zeit überführen müssen. Das hat viel damit zu tun, dass man früher sehr stark anwendungsorientierte Programme zusammengebaut und sich dann per Firewall nach außen abgegrenzt hat, dass wir heute aber über Softwareangebote verfügen, die schon in sich einen besseren Schutz bieten, von außen angegriffen oder geöffnet zu werden, und dass wir hier auch bei Fragen nach der Notstromversorgung, der Frage nach der Anzahl der Server und anderes immer wieder merken, dass wir an bestimmte Grenzen der bisherigen Ausbaumöglichkeiten kommen. Wir sind gerade dabei, in einem verwaltungsinternen Prozess die Grundlagen, Erwartungen und Anforderungen zu diskutieren. Auch das wird im nächsten Jahr ein Thema sein, mit dem wir uns noch einmal intensiv beschäftigen sollten.

Darüber hinaus gibt es nicht nur Projekte, die innerhalb der Stadtverwaltung die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ämtern und Dezernaten erfordern, sondern durchaus auch nach außen gerichtet sind. Vieles von dem haben Sie bisher unter dem Thema Smarter City mit von der Wirtschaftsförderung betreuten Projekten kennen gelernt. Wir haben diese Struktur - das hatten wir auch schon besprochen - von einer externen Beratung untersuchen lassen, und stellen fest, dass es wahrscheinlich auf Dauer nicht erfolgreich sein wird, einzelne Projekte, die eine intensive Zusammenarbeit zwischen innen und außen erfordern, über ein einzelnes Amt in die Stadtverwaltung hineinzusorganisieren, sondern wir brauchen eine Matrixstruktur, die quer über die Verwaltung hinweg wichtige Projekte nicht nur nach innen bündelt, sondern auch nach außen kommuniziert und auch koordiniert, und wir brauchen an dieser Stelle dann auch Anreizsysteme. Denn die Mitarbeit eines Amtes, eines Mitarbeiters, einer Mitarbeiterin in einer solchen Projektgruppe, die viel mit Abstimmungen nach außen zu tun hat, ist von der Überschrift her immer hochattraktiv, im normalen Arbeitsalltag aber eine zusätzliche Belastung, bindet Ressourcen, bindet vor allem auch Zeit, und hier gemeinsam zu entwickeln, welche Projekte sind uns so wichtig, dass wir sie durch zusätzliche Anreize in einer Matrixstruktur auch noch einmal quer durch die Verwaltung denken und projektorientiert aufstellen, sind wir im Moment verwaltungsintern in einem interessanten und umfassenden Arbeitsprozess. Auch über diese Ergebnisse sollten wir im nächsten Jahr intensiv diskutieren, und auch das kann hinten heraus durchaus Auswirkungen auf Haushaltsmittel und entsprechende Budgets haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist mir das Thema Bürgerbeteiligung. Da gibt es immer mehr Anforderungen. Wir haben hier eine lange Tradition, und wir haben auch sehr viele gute Konzepte. Wir müssen uns stärker darauf verständigen - aber da sind wir schon auf einem guten Weg -, etwa welches Beteiligungsinstrument für welches kommunale Vorhaben denn richtig ist. Wie organisieren wir das gleichzeitig als selbstverständliches Angebot im Rahmen jeder Stadtteilentwicklung, jedes wichtigen Projektes?

Denn es fördert, das wissen wir aus den zurückliegenden Projekten, eine sehr intensive Bindung der Bürgerinnen und Bürger an das, was da gemeinsam entwickelt wurde. Und wenn es noch auf die Stadtteilebene heruntergebrochen ist, bilden sich aus solchen Prozessen oft Netzwerke, die dann über das einzelne Projekt hinaus Bestand haben und erfolgreiche Arbeit leisten. Wir werden daher ab dem 1. Januar 2015 das bisherige Aktivbüro und Teile des Arbeitsbereiches der Stadtentwicklung zu einem "Büro für Mitwirkung und Engagement" im Amt für Stadtentwicklung zusammenfassen, um hier einen stärkeren Akzent innerhalb der Stadtverwaltung zu setzen. Die Aufgaben werden sein: integrierte Stadt- und Stadtteilentwicklungskonzepte, Stadtteilmanagement, Stärkung der Stadtteilidentität, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtteilen sowie Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Zuge des Aufbaus der Bürgerzentren. Es ist eine organisatorische und auch administrative Stärkung dessen, was wir in verschiedenen Beschlussvorlagen, etwa beim Bürgerzentrum, sowieso schon gemeinsam vereinbart haben.

Ein Anspruch von uns ist auch, dass wir solche Bürgerbeteiligungsprozesse zunehmend mit gut geschulten städtischen Moderatorinnen und Moderatoren entwickeln und voran bringen wollen, weil wir der Meinung sind, dass Bürgerbeteiligung auch eine gute Entwicklungsmöglichkeit für alle Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung sein kann, auch aus Bereichen, in denen Bürgerbeteiligung primär im Einzelnen nicht ansteht. Denn durch eine solche Cross-Border-Erfahrung kann ich sehr viel für meine Persönlichkeitsentwicklung mitnehmen, ich kann sehr viele zusätzliche Kompetenzen sammeln, und das ist etwas, was auch in den internen Verwaltungsprozessen, aber auch im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern eine gute Stärkung ist.

Zwei abschließende wichtige Themen, die ich gerne auch noch verstärkt mit Ihnen angehen möchte, ist zum einen das Thema „Neue Innenstadt“. Hier möchte ich darauf verweisen, dass wir allmählich in die Zielgerade der Kombilösung, zumindest was die Kaiserstraße betrifft, einmünden. Hier hat es 2009/2010 einen Gestaltungswettbewerb gegeben, der jetzt fortgesetzt zeitgemäße Anpassungen erfährt. Ich halte es aber für sinnvoll, nachdem wir ja die endgültige Oberflächengestaltung voraussichtlich erst in den Jahren 2018/19/20 in Angriff nehmen können, dass wir das noch einmal sehr intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Denn die bisherigen Beteiligungsprozesse haben gute Ergebnisse gebracht. Sie liegen dann aber zum Realisierungszeitpunkt teilweise doch schon wieder so viele Jahre zurück, dass es sinnvoll ist, - sozusagen mit der nächsten Generation - die Diskussion wieder aufzunehmen und hier auch vielleicht manche Dinge zu überdenken wie das Thema Mobiliar oder das Thema Baumkonzeption. Beim Thema Oberflächengestaltung sind wir ja schon dabei und haben bisher festgestellt, dass die bisher ausgewählten Beläge alle nicht optimal sind. Sie merken, das ist ein Prozess, den ich gerne als noch nicht abgeschlossen betrachten möchte, sondern einer, zu dem ich Sie gerne einladen möchte, mit mir noch einmal intensiv und abschließend mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Das zum Zweiten: Was uns im nächsten Jahr in besonderer Weise bevorsteht, ist der Stadtgeburtstag. Da will ich mich zu der Aussage versteigen, dass es sich um ein fast schon epochales historisches Ereignis handelt. Und ich sage das nicht bezogen auf unsere Festaktivitäten, die trotzdem auch sicherlich epochal sind, aber das meine ich an dieser Stelle gar nicht, sondern jeder und jede sollte sich erst einmal überlegen, in wel-

cher Situation wir diesen 300-jährigen Stadtgeburtstag feiern: 1715 Stadtgründung, 1815, 1915, 2015, und wenn Sie sich dann einmal die Rahmenbedingungen für einen solchen Stadtgeburtstag im Jahr 2015 vorstellen, verglichen mit dem, was 100 Jahre vorher los war, 200 Jahre vorher; und das mitten in Europa, in Zeiten des Friedens, der Prosperität und eines weitgehenden individuellen Wohlstands, dann ringt einem dieser Stadtgeburtstag ein großes Maß an Demut ab und einen kurzen Moment des Innehaltens. Was sind wir hier in Karlsruhe doch für Glückskinder, diesen Stadtgeburtstag unter solch hervorragenden Umständen mitten in Europa feiern zu können, vor allem, wenn man ein bisschen weiter in die Welt schaut und sieht, wie dort zum Teil die Verhältnisse sind.

Ich will die heutige Gelegenheit aber auch nutzen, mich bei meinem Amtsvorgänger Heinz Fenrich und dem sogenannten "alten" Gemeinderat aus der Zeit von 2009 bis 2014 ganz herzlich zu bedanken, denn ich finde es zunehmend eine hervorragende Entscheidung, mit diesen Mitteln, die Sie zur Verfügung stellten, diesen Stadtgeburtstag in dieser komplexen und umfassenden Form feiern zu können und zu dürfen. Wir kriegen ja im Moment eine Sogwirkung in Gang gesetzt, die auch immer mehr interessierte Menschen außerhalb von Karlsruhe oder sogar aus dem internationalen Raum für diesen Stadtgeburtstag begeistert und hier auch einbindet. Und wenn Sie die Zahlen von der letzten Woche vor Augen führen, dass sich schon über 10 000 Menschen in den verschiedenen vorbereitenden Projekten für den Stadtgeburtstag engagieren, dann wird deutlich - und ich wage jetzt einmal den Vergleich, - der größte, allerdings permanente Arbeitgeber, den wir haben, ist ja das KIT mit 9 000 Beschäftigten - , dass der größte vorübergehende Arbeitgeber, den wir im Moment haben, der Stadtgeburtstag ist, und das auch noch überwiegend ehrenamtlich und intrinsisch motiviert. Das ist schon eine sehr schöne Resonanz, und ich bin mir sicher, dass es uns gelingen wird, hier einen partizipativen Stadtgeburtstag im nächsten Jahr gemeinsam zu vollziehen und auch nach außen zu präsentieren, wie es ihn - so zumindest aus den Stadtgeburtstagen, die ich bisher in den letzten 30 Jahren verfolgt habe - so noch nie gegeben hat. Das tut uns als Stadt nach innen wie nach außen in außerordentlicher Weise gut.

Ich bedanke mich abschließend bei der Kämmerei mit Torsten Dollinger und mit allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushaltes. Meine Worte zum Rathaus am Marktplatz habe ich indirekt schon gesagt, aber was da zum Teil hinter Plastikfolien und an Doppeltischen geschah - hinter den Plastikfolien saß dann der Abflexer der Fensterbank, und vorne am Waschbecken war mal gerade wieder ein Wasserrohrbruch, wo dann der andere Handwerker tätig war, war von den Bedingungen her nicht zumutbar. Solche und ähnliche Situationen hatten wir in diesem Sommer nicht nur in der Kämmerei, sondern auch in dem einen oder anderen Amt. Ich möchte mich aber explizit bei allen, die da den Sommer so verbringen mussten, bedanken, an dieser Stelle aber insbesondere bei der Kämmerei, die in dieser Situation den Haushalt zusammengebracht hat. Wer weiß, wie viele Vorgespräche, Rückfragen, Vorabstimmungen notwendig waren, der kann nur den Hut ziehen vor diesem großen Werk, das heute in die Diskussion kommt.

Ich bedanke mich auch bei der Frau Kollegin und bei den Herren Bürgermeisterkollegen ganz herzlich, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und natürlich auch bei Ihnen als Gemeinderat. Denn durch Ihre planvolle Haushaltsverantwor-

tung in den Jahren zuvor und durch viele ihrer Grundsatzbeschlüsse haben Sie uns viele Wege vorgezeichnet, haben Sie uns Korridore eröffnet, durch die wir mit diesem Haushalt in der Tradition der vorangegangenen Haushalte weiter voranschreiten können.

In diesem Sinne gibt es noch viel zu tun, aber wir werden es weiter anpacken. Es liegt uns allen daran, dass sich unsere Stadt in Zukunft weiterentwickelt und erfolgreich diesen Schwung mitnimmt und weiter prosperiert, weiter wächst, weiter ein gedeihliches und gutes Zusammenleben und eine hohe Attraktivität vorhält. Wir, die Verwaltung, machen Ihnen mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt jetzt Vorschläge, von denen wir überzeugt sind, dass wir damit unser Ziel erreichen, und ich darf Sie am Ende der Diskussion ganz herzlich um Ihre Zustimmung zu diesem Haushaltentwurf bitten.

Vielen Dank!

(Beifall)

Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz (am Rednerpult): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Bürgermeisterkollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte

"Ich verlange von einer Stadt, in der ich leben soll: Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung, Warmwasserleitung. Gemütlich bin ich selbst."

Dies sagte Anfang des 19. Jahrhundert der österreichische Schriftsteller, Satiriker und Dramatiker Karl Kraus.

Ich habe dieses Zitat als Einstieg gewählt, um deutlich machen zu können, wie sich die Erwartungen an die Aufgabenerfüllung einer Kommune in den letzten 125 Jahren verändert haben. Dies soll nicht heißen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger heute erwarten, dass wir es ihnen gemütlich machen. Nein, es soll das gewandelte Aufgabenspektrum aufzeigen, welches heuer eine Stadt oftmals bedingt durch EU-Vorgaben, Vorgaben des Bundes und des Landes zu erfüllen hat.

Betrag der Haushalt der Stadt Karlsruhe Anfang des 19. Jahrhunderts umgerechnet 24 Millionen Euro und 1950 noch überschaubare 44,8 Millionen Euro, stieg er in 1990 auf immerhin 632,6 Millionen Euro und in 2010 auf über 1 Milliarde und erreichte 2014 ein Gesamtvolumen von knapp 1,2 Milliarden Euro.

Sie sehen, Karlsruhe ist eine dynamisch wachsende Stadt. Wir gehören zu den 15 Wachstumsstädten in der Bundesrepublik. Von 2000 bis 2013 ist unsere Einwohnerzahl um 20 Tausend Menschen auf insgesamt rund 310 Tausend gewachsen, allein in den letzten drei Jahren verzeichneten wir rund 10 Tausend neue Einwohner.

Bei den Erwerbstätigen ist die Zahl von über 215 Tausend im Jahr 2007 auf rund 229 Tausend im Jahr 2012 gestiegen. Positiv entwickelte sich auch die Anzahl der Unternehmen, wir registrieren über 15.700. Die Arbeitslosenquote liegt in Karlsruhe bei nur 4,4 %. All diese Kennwerte belegen das dynamische Wachstum unserer Stadt. Schenkt man den Prognosen Glauben, so wird Karlsruhe auch in den nächsten Jahren weiter

wachsen. Eigentlich ist dies eine positive Entwicklung. Denn es bestätigt, dass Karlsruhe äußerst attraktiv ist. Eine Attraktivität, um die uns viele beneiden. Aber dieses Wachstum führt gleichzeitig zu einer Reihe großer Herausforderungen, denen sich nur wachsende Städte stellen müssen.

Bringen wir es auf den Punkt: Um die wachsenden Bedarfe an städtischen Dienstleistungen und städtischer Infrastruktur abdecken zu können, werden unsere investiven und konsumtiven Ausgaben weiter strukturell ansteigen.

Die Debatten in diesem Haus haben ergeben, dass wir in den nächsten Jahren mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, mehr Ganztagsangebote im vorschulischen und schulischen Bereich, mehr Mietwohnungsneubau, ein zukunftsfähiges Klinikum, einen attraktiven ÖPNV und Individualverkehr, mehr städtisches Personal benötigen. Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Ich erinnere nur an die von der Verwaltung erstellte Übersicht über die Investitionsbedarfe für 2015 bis 2025. Allein für den Kernhaushalt sind hier Projekte und Zuschüsse von knapp 2 Milliarden Euro zusammengetragen worden.

Doch wie schaffen wir es, dass die Einnahmen, die wir zur Finanzierung dieses deutlichen „Mehr“ brauchen, entsprechend ansteigen? Genügt allein das Prinzip Hoffnung? Wohl nicht! Oder wie es der Philosoph und Staatsmann Francis Bacon trefflich sagte: "Die Hoffnung ist ein gutes Frühstück, aber ein schlechtes Abendbrot."

In den vergangenen 40 Jahren hatten wir in Karlsruhe stets den Anspruch mit einer seriösen Haushaltspolitik unseren Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität, eine optimale Infrastruktur und qualitativ hochwertige städtische Dienstleistungen zu sichern und all dies kontinuierlich auszubauen. Dieser Anspruch sollte auch zukünftig im Hinblick auf unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern Leitlinie sein.

Allerdings wird dies nicht einfach, wenn man die jüngsten Konjunkturwachstumsprognosen zu Rate zieht. Karlsruhe hat unbestritten von der sehr gut laufenden Konjunktur profitiert. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Wachstumsprognose für das Jahr 2014 von 1,9 % zunächst auf 1,4 % und im Oktober auf 1,2 % nach unten korrigiert wurde.

Mitte Oktober informierte der Deutsche Städtetag, dass trotz prosperierender Wirtschaft, hoher Steuereinnahmen und Entlastungen durch Bund und Länder die finanzielle Situation vieler Kommunen kritisch ist. Es besteht ein Investitionsstau, der rund 118 Milliarden beträgt, und die Entwicklung der Sozialausgaben mit voraussichtlich jährlich 50 Milliarden Euro wird mit Sorge betrachtet. Viele Kommunen können keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und müssen sich mehr und mehr verschulden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo steht Karlsruhe? Und wie sieht unser Haushalt für die kommenden zwei Jahre aus? Der Entwurf, den wir heute vorlegen, ist genehmigungsfähig, aber mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung und die Liste der Investitionsbedarfe der nächsten 10 Jahre wahrlich nicht erfreulich. Obwohl wir bei der Ertragssituation historische Höchststände erreichen, gelingt es uns nicht, die erforderlichen Zahlungsmittelüberschüsse zu erwirtschaften, die wir benötigen, um Kreditauf-

nahmen zu vermeiden. Wir werden voraussichtlich in den nächsten Wochen einen langfristigen Kredit zur Sicherung der Liquidität in Höhe von 50 Millionen Euro aufnehmen müssen. Diese Maßnahme leitet meines Erachtens eine Trendwende ein, denn dies ist der erste Kredit seit September 2011. Sie erinnern sich, dass wir in den letzten 3 Jahren trotz Haushaltsermächtigungen keine Kredite benötigt haben.

Für die kommenden 2 Jahre planen wir im Ergebnishaushalt mit negativen Ergebnissen. 2015 rechne ich mit einem Defizit von minus 3,7 Millionen Euro und 2016 mit minus 360 Tausend Euro.

Schauen wir auf die konkrete Ertragssituation. Diese beläuft sich in 2015 auf insgesamt 1,12 Milliarden Euro und in 2016 auf 1,15 Milliarden Euro. Hier stellen die Gewerbesteuer, der Anteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie der Kommunale Finanzausgleich die größten Einnahmequellen dar; sie umfassen knapp 60 % der städtischen Erträge. Betrachtet man den Zeitraum von 2011 bis 2016 steigen diese Ertragsarten um insgesamt 156,9 Millionen Euro an.

Die wichtigste kommunale Steuer, die Gewerbesteuer, ist in Karlsruhe zwar eine sehr verlässliche Steuer, dennoch haben auch wir in der Vergangenheit schon große Schwankungen erlebt. So konnten wir zwar in 2012 und 2013 Steuernachzahlungen von den "großen Steuerzahlern" von rund 105 Millionen Euro zusätzlich verbuchen. Diese Nachzahlungen – an die wir uns gerne gewöhnen würden – wird es in Zukunft in dieser Höhe nicht mehr geben. Es handelt sich, wie Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat, um Einmaleffekte, die im nächsten Doppelhaushalt nicht erwartet werden dürfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup hat in seiner Rede auch die Gründe dargelegt, die aus Sicht der Verwaltung dafür sprechen, dem Gemeinderat eine Hebesatzerhöhung von 20 Prozentpunkten ab 2015 vorzuschlagen. Nur mit dieser Erhöhung können wir mit Gewerbesteuerbruttoerträgen von jeweils 240 Millionen Euro rechnen.

Mit durchschnittlich 155 Millionen Euro bei der Einkommensteuer und 30 Millionen Euro bei der Umsatzsteuer werden historische Höchststände erreicht. Hierbei vertrauen wir auf die aktuellen Zahlen, die uns vom Land Baden-Württemberg mitgeteilt wurden bzw. auf die Novembersteuerschätzung.

Wesentliche Voraussetzung für hohe Gewerbesteuer- und Einkommensteuereinnahmen ist neben einer niedrigen Arbeitslosenquote eine florierende Wirtschaft. Durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik müssen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür sorgen, dass Karlsruhe weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Dazu gehört auch, ausreichende Wachstums- und Entwicklungsräume anbieten zu können. Aus der Gewerbeflächenstudie wissen wir, dass Karlsruher Unternehmen bis 2025 einen Flächenbedarf von rund 100 Hektar haben.

Leider ist der Gemeinderat im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes den Empfehlungen der Gewerbeflächenstudie nicht gefolgt und es wurden die für eine vertiefte Untersuchung vorgeschlagenen möglichen neuen Gewerbeflächen deutlich reduziert. Nicht nur aus diesem Grund nimmt daher das Thema Innenentwicklung einen hohen Stellenwert ein. Beispielfhaft genannt seien das Lohfeld und die Nachverdichtung

in verschiedenen Gewerbegebieten, wie zum Beispiel in der Käppelestraße oder in der Rossweid.

Zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik haben die Wirtschaftsförderung und die Stadtplanung ein Praxishandbuch für Unternehmen entwickelt, das sich auf Entwicklungspotenziale in bestehenden Gewerbegebieten konzentriert. Die oftmals ungenutzten oder auch minder genutzten Flächen gilt es nun mit den privaten Eigentümern zu aktivieren und Firmenerweiterungen und -neuansiedlungen möglichst flächensparend zu gestalten.

Die positive Entwicklung vieler Karlsruher Unternehmen in den letzten Jahrzehnten sollte uns Richtschnur für eine gemeinsame zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sein. Dazu einige Beispiele: Beschäftigte die Firma Aluplast 2004 150 Personen, sind es heute 580. Bei der Fiducia entstanden zwischen 2007 und 2013 300 zusätzliche Arbeitsplätze. Die als web.de gegründete Firma 1&1 hatte 2005 400 und hat heute weit über 1.500 Beschäftigte. Die Firma Gameforge startete 2007 mit 100 Beschäftigten, heute sind es 420.

In dieser Entwicklung steckt zugleich aber die nächste große Herausforderung: Für all diese Beschäftigten mit ihren Familien müssen wir Wohnmöglichkeiten sichern und schaffen. Denn nur dann können wir auch am Einkommensteueranteil profitieren. Dazu brauchen wir einen langen Atem und wir brauchen einen Neustart am Karlsruher Wohnungsmarkt, denn wir müssen Wohnraum in allen Segmenten schaffen. Mit dem Karlsruher Wohnungsbauförderungsprogramm und dem Karlsruher Innenentwicklungskonzept haben wir erste Schritte in die richtige Richtung getan. Wir benötigen aber auch dringend Flächen und ich bitte Sie schon heute, Weitsicht bei den anstehenden Entscheidungen zur Aufstellung des Flächennutzungsplans für Wohnflächen walten zu lassen.

Der Kommunale Finanzausgleich ist die dritte wichtige Ertragssäule. Wir erwarten bei der ertragsstärksten Position, den Schlüsselzuweisungen, in 2015 rund 222 und in 2016 knapp 256 Millionen Euro. Die Schwankung zwischen beiden Jahren können wir durch die Auflösung einer hierfür in 2013 gebildeten Rückstellung ausgleichen. Wir müssen allerdings auch beim Kommunalen Finanzausgleich erkennen, dass wir historische Höchststände erreichen.

Neben dem allgemeinen konjunkturellen Risiko begleitet uns in den nächsten Jahren auch ein mögliches Risiko aus dem Ergebnis des sogenannten Zensus. Zwar wurde uns bestätigt, dass unsere Einwohnerzahlen den bisherigen Annahmen entsprechen. Jedoch wurden andere Städte mit erheblich geringeren Einwohnerzahlen konfrontiert. Da der Kommunale Finanzausgleich abhängig von der Einwohnerzahl ist, sind sämtliche Abweichungen ertragsrelevant. Es ist insofern verständlich, dass diese Städte nunmehr versuchen, das Verfahren an sich und die Rechtmäßigkeit der Ergebnisse gerichtlich klären zu lassen. Je nachdem wie entschieden wird, können hieraus empfindliche Rückzahlungen für uns drohen. Wir haben im Entwurf keine Abschlüsse bei den Erträgen des Kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen, denn eine konkrete Höhe ist nicht greifbar, aber es muss jedem in diesem Haus bewusst sein, dass dies ein Risiko darstellt.

Unsere Ertragsseite wird auch durch Zuschüsse die wir vom Bund und vom Land erhalten, gestärkt. Betrachten wir den Bereich Soziales und Jugend, so sind diese Zuschüsse für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, für Erstattungen für die Kosten der Unterkunft inklusive des Bildungs- und Teilhabepakets sowie für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen entsprechend umgesetzt.

Der "Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung von Länder und Kommunen ab 2015" enthält die vom Bund zugesagte Entlastung durch die sog. Vorab-Milliarde für die Eingliederungshilfe. Im Entwurf haben wir daher jeweils 5,1 Millionen Euro an Zuschüssen eingeplant.

Festzustellen ist aber, dass die Aufwendungen für die (alte) Eingliederungshilfe kontinuierlich ansteigen. Betragen diese 2011 knapp 40 und 2013 rund 45 Millionen Euro, rechnen wir für 2015 mit 50,6 und für 2016 mit 53,6 Millionen Euro. Nach meiner Einschätzung beinhalten daher die mit dem Bundesteilhabegesetz diskutierten finanziellen Zuschüsse von 5 Milliarden ab 2018 keine nachhaltige Entlastung der Kommunen. Das Ziel einer vollständigen staatlichen Finanzierung der Eingliederungshilfe muss konsequent mit den Kommunalen Spitzenverbänden weiter verfolgt werden.

Wenn ich nun unsere Ertragssituation in einem ersten Zwischenfazit zusammenfasse, ist zu erkennen, dass

- bei fast allen Ertragsarten historische Höchststände erreicht sind,
- diese vom derzeit positiven konjunkturellen Gesamtumfeld wesentlich abhängen und
- gerade deswegen auch kleinste wirtschaftliche Schwächephasen - zwar mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren - bei uns zu einem Einbruch der Erträge in Millionenhöhe führen können.

Diese Risiken und das Risiko aus dem Zensusverfahren sind nicht zu unterschätzen, denn unsere Aufwandsseite lässt sich nicht so schnell anpassen.

Meine Damen und Herren, nun die Aufwandsseite: Wir rechnen im Ergebnishaushalt in 2015 mit insgesamt 1,12 Milliarden Euro und in 2016 mit 1,15 Milliarden Euro an Gesamtaufwendungen. Das Ergebnis ist durch die Entwicklung in den Bereichen Soziales und Jugend, Kultur sowie Personal geprägt. Allein hier verzeichnen wir von 2011 bis 2016 einen Gesamtanstieg von 107,5 Millionen Euro.

Die Aufwendungen für soziale Hilfen und Jugend umfassen insgesamt 400 Millionen Euro in 2015 und 417 Millionen Euro in 2016. Bei vielen dieser Aufgaben handelt es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben, die wir für den Bund und das Land erfüllen müssen. Zudem wirken sich auch die Folgekosten der getätigten Investitionen aus. Zwar können wir - wie ich eingangs bereits dargelegt habe - steigende Bundes- und Landeszuschüsse verbuchen, aber die Gesamtausgaben steigen schneller an als über Verhandlungen weitere Erhöhungen der Zuschüsse erreicht werden können. Allein im Zeitraum von 2011 bis 2016 steigt das Budget im Bereich Soziales und Jugend ohne Personalausgaben und abzüglich der Erträge um 49,8 Millionen Euro an.

Der Ausbau zum familienfreundlichen Karlsruhe geht kontinuierlich voran. Für die Aufwendungen und den Betrieb von Kindertageseinrichtungen einschließlich Schülerhorte und Spielgruppen sind 2015 106 Millionen Euro und in 2016 112 Millionen Euro vorgesehen. Damit können wir bis Ende 2016 3.630 Plätze für Kinder unter 3 Jahren anbieten. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 47 %. Dies stellt einen ganz wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Karlsruhe wird dadurch als attraktiver Arbeitsstandort und damit als attraktiver Wirtschaftsstandort weiterentwickelt.

Wir begrüßen, dass im Rahmen des "Pakt für Familien und Kinder" eine dynamisierte Beteiligung des Landes in Höhe von 68 Prozent der Betriebskosten für Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren vereinbart wurde.

Für städtische Einrichtungen ist diese Vorgabe umgesetzt. Für die Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger übernimmt das Land jedoch nur rund 68 Prozent der eben genannten 68 Prozent. Bezüglich dieser Regelung, die sich gerade in Karlsruhe aufgrund der hohen Zahl an Betreuungsplätzen bei freien Trägern äußerst negativ auswirkt, werden derzeit auch im Städtetag Lösungsvorschläge erarbeitet. Im Jahr 2014 führte diese Neuregelung der Finanzierung der Kleinkindbetreuung zu Mindererträgen von 4,1 Millionen Euro. Wir erwarten, dass das Land zügig handelt, denn ansonsten würden unsere Anstrengungen in diesem Bereich konterkariert werden.

Kulturförderung stellt eine freiwillige Aufgabe dar. Sie ist aber ein weicher Standortfaktor, der unsere Stadt lebenswert macht. Wir geben 2015 42,3 und in 2016 40,4 Millionen Euro für die Kultur aus. Im Vergleich zu 2014 bedeutet dies beim Aufwand - ohne Personalkosten und abzüglich der Erträge - eine Steigerung um 4,5 bzw. 2,6 Millionen Euro. Betrachten wir den Zeitraum von 2011 bis 2016 steigt die Förderung um 6,7 Millionen Euro an. Aus dem Kulturbudget werden unsere kulturellen Highlights, das ZKM und das Badische Staatstheater, aber u. a. auch die vielen freiwilligen Kultureinrichtungen und -träger gefördert.

Das Personalbudget steigt von 283 Millionen Euro in 2014 auf 311,6 Millionen Euro in 2016 und damit um 28,6 Millionen Euro. Seit 2011 ist ein Anstieg von insgesamt 51 Millionen Euro zu verzeichnen.

Wir alle wissen, dass die Aufgaben mehr und komplexer geworden sind. Eine Reduzierung des Personals ist vor diesem Hintergrund kaum möglich, da ansonsten die Qualität der Arbeit gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern leidet. Teilweise müssen wir heute schon in zahlreichen Bereichen nachjustieren, in denen die Personaldecke zu "dünn" geworden ist. Hinzu kommt, dass das Durchschnittsalter unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig steigt. Herr Oberbürgermeister hat ausgeführt, dass in den kommenden 10 bis 15 Jahren 44 Prozent der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Hier sind zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Schauen wir uns nun noch die Stellenentwicklung in den vergangenen 10 Jahren an.

Im Konsolidierungszeitraum von 2004 bis 2008 haben wir insgesamt 251 Stellen abgebaut. Durch die neuen Aufgaben und die dadurch erforderlichen Personalmehrbedarfe - vor allem im sozialen und frühkindlichen Bereich - ist die Stellenanzahl in der Folge wie-

der stetig angestiegen. Bis 2014 mussten netto 296 neue Stellen geschaffen werden und für die nächsten 2 Jahre sind im Entwurf 115 zusätzliche Stellen vorgesehen.

Wir werden um eine Evaluierung unserer Aufgaben nicht herum kommen. Wenn wir in Zukunft weitere Aufgaben übernehmen, müssen wir die bestehenden Aufgaben kritisch hinterfragen und uns von der einen oder anderen trennen. Wir können nicht wie ein privates Wirtschaftsunternehmen Teile unseres Betriebes schließen, aber wir können durch das Setzen von Schwerpunkten Neustrukturierungen vornehmen. Zudem ist der befristete Aufbau von Stellen ein wirksames Steuerungsinstrument.

Auch an dieser Stelle ein kurzes Zwischenfazit:

- Unsere Aufwendungen im Bereich Soziales und Jugend steigen seit vielen Jahren ungebremst an.
- Unsere Personalaufwendungen erhöhen sich aufgrund der beachtlichen Personalaufstockung schneller als im letzten Doppelhaushalt angenommen.

Bisher nicht explizit erwähnt, aber dennoch im Fokus stehen, müssen auch unsere Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Infrastruktur.

Meine Damen und Herren,
schauen wir nun das Investitionsprogramm im Planungszeitraum an. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit befinden sich ebenfalls auf historischem Höchstniveau. Investierten wir in den vergangenen Jahren deutlich unter 120 Millionen Euro pro Jahr, sind für 2015 stolze 191,5 und für 2016 immerhin noch 183,7 Millionen Euro eingeplant. Das Gesamtvolumen umfasst sowohl Investitionen als auch Investitionszuschüsse. Im Entwurf sind nicht alle Maßnahmen enthalten, die kostenkontrolliert sind. Aufgenommen wurden diejenigen, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben umgesetzt werden müssen bzw. bereits begonnen sind. Bereits dieses ehrgeizige Bauprogramm kann nur durch zusätzliche Einstellungen und weiteres Outsourcing von Projektsteuerungsleistungen bewältigt werden. Darüber hinaus wurde, wie Herr Oberbürgermeister ausführte, für 2016 ein Korridor von 10 Millionen geschaffen. Zur Bewältigung dieses Bauvolumens werden zusätzliche Personalressourcen oder strukturelle Änderungen erforderlich. Ein ganzheitliches zukunftsfähiges Konzept ist derzeit in Prüfung.

Ein Blick auf die Übersicht der Investitionen macht deutlich, dass wiederum die Schwerpunkte in den Bereichen Betreuung, Schule und Infrastruktur liegen.

Für Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen an Schulen sind rund 60 Millionen Euro vorgesehen. Beispielhaft genannt seien der 2. Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule mit 33,8 Millionen Euro sowie die Erweiterung der Waldschule nebst Neubau des Schülerhorts mit rund 1,8 Millionen Euro.

Für den bedarfsgerechten Aus- und Umbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren sowie für die 3- bis 6-Jährigen investieren wir insgesamt 13,9 Millionen Euro.

Für die verkehrliche Infrastruktur wenden wir - genau wie in den beiden Vorjahren - fast 39 Millionen Euro für Verbesserung, Erschließung, Straßenbeleuchtung, Verkehrssignal-

anlagen, Ingenieurbauwerke, Radwege und Straßengrün auf. Als Neubaumaßnahme steht die Sanierung der Hochbrücke Bulach mit knapp 3 Millionen Euro an.

Für einen Außenstehenden wenig spektakulär, für eine sichere Entwässerungsinfrastruktur allerdings unverzichtbar, investieren wir knapp 54 Millionen Euro in die Abwassernetze und die Kläranlage der Stadt Karlsruhe. Dies sind Haushaltsmittel, die langfristig durch den Gebührenzahler über die Abwassergebühren an die Stadt Karlsruhe wieder zurück fließen.

Ebenfalls den Gebührenhaushalt betreffen die erforderlichen Nachsorgemaßnahmen auf den Deponien. Für die temporäre Abdichtung der Deponie West sind 1,1 Millionen Euro veranschlagt, für die Oberflächenabdichtung der Deponie Ost weitere 6,3 Millionen Euro. Da bei beiden Maßnahmen das Kostenkontrollverfahren noch nicht abgeschlossen ist, sind diese Mittel mit einem Sperrvermerk versehen. Auf Grund rechtlicher Verpflichtungen war eine Verankerung im Entwurf jedoch erforderlich.

Zur baulichen Sanierung sowie für die anteilige Finanzierung des Neubaus des Städtischen Klinikums sind in den kommenden zwei Jahren rund 21 Millionen Euro eingeplant. Weitere je 5 Millionen Euro sind als Gesellschafterdarlehen vorgesehen.

Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus sind jeweils 5 Millionen Euro veranschlagt. Für die Sportvereine sind insgesamt 3,3 Millionen Euro als Investitionszuschüsse für Sportanlagen eingeplant.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir haben für die nächsten 2 Jahre ein gewaltiges und ehrgeiziges Investitionsprogramm aufgelegt. Dieses Programm können wir aber mit eigenen Zahlungsmittelüberschüssen, das ist der Anteil, den der konsumtive Haushalt zur Finanzierung von Investitionen erwirtschaftet, nicht ausgleichen. diese Finanzierungskraft aus dem laufenden Betrieb lässt deutlich nach.

Betrag der Zahlungsmittelüberschuss 2013 noch 112,1 Millionen Euro, wird er in 2015 rund 1,4 Millionen Euro und in 2016 rund 29,4 Millionen Euro betragen. Daher benötigen wir Kreditemächtigungen.

In 2015 planen wir mit einer Bruttokreditaufnahme von 89 Millionen Euro und in 2016 mit 129,2 Millionen Euro, also insgesamt 218,2 Millionen Euro. Natürlich ist nicht jede Kreditaufnahme negativ. Immerhin investieren wir insgesamt 375,1 Millionen Euro in unsere Infrastruktur und damit auch in die Zukunft von Karlsruhe. Daher ist es wirtschaftlich vertretbar, diese Investitionen auch langfristig über Kredite zu finanzieren. Wir rechnen Ende 2016 mit einer Gesamtkreditverbindlichkeit von 355 Millionen Euro. Dies entspräche einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 1.180 Euro. Mit Blick auf die jetzige Pro-Kopf-Verschuldung mit knapp 400 Euro erscheint dies eine enorme Steigerung, aber nur so können wir unsere Infrastruktur in Karlsruhe zukunftsfähig erhalten und ausbauen. Uns kommt noch zugute, dass die Darlehenszinsen einen historischen Tiefstand von unter 2 Prozent erreicht und wir langfristige Zinsbindungen haben. Nichtsdestotrotz wirken sich Zins und Tilgung auf die jährlich frei verfügbaren Mittel aus.

Meine Damen und Herren, warum führe ich dies aus? Die Gesamtverschuldung des Kernhaushalts hat eine Maximalgrenze. Diese werden wir - nach unserer Einschätzung - mit diesem Doppelhaushalt nicht erreichen. Diese muss aber in der mittelfristigen Investitionsplanung stärker in unseren Fokus rücken.

Das Haushaltsrecht verpflichtet uns, Ihnen die sogenannte „Mittelfristige Finanzplanung“ vorzulegen, die gleich 5 Jahre im Voraus abbildet. Es ist mir durchaus bewusst, dass ein gewisses Misstrauen gegen diese Fünf-Jahres-Planung in diesem Hause vorherrscht. Trotzdem mahnt uns die darin aufgezeigte Entwicklung zur Vorsicht.

Die Finanzplanung 2017 bis 2019, die wir Ihnen in Kürze nachreichen werden, zeigt sehr deutlich, dass die guten Jahre offensichtlich vorbei sind. Wenngleich es viele gibt, die es in Zeiten sprudelnder Steuerquellen nicht glauben können oder wollen. Es gibt seit 150 Jahren zyklische Wirtschaftskrisen. Es ist sehr gefährlich, an kontinuierliche Prosperität zu glauben.

Die Schere zwischen Aufwendungen und Erträgen wird größer werden. Der vom Gesetzgeber geforderte Haushaltsausgleich, also der Ausgleich von Aufwendungen und Erträgen, ist in erheblichem Umfang nicht mehr möglich. Die Unterdeckung steigt an und dies ist für die Umsetzung weiterer Wünsche problematisch.

Für den Zahlungsmittelüberschuss bedeutet dies nach derzeitigem Kenntnisstand, dass letztmalig im Finanzplanungsjahr 2017 ein positiver Saldo erzielt werden kann. 2018 und 2019 decken die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht mehr die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Dies hat zur Folge, dass nicht nur die Investitionen fast vollständig über Kredite finanziert werden müssen, sondern diese auch zur Finanzierung der laufenden Ausgaben erforderlich werden. Spätestens dann verlassen wir den Pfad der soliden Haushaltsführung. Dies ist eine sehr kritische Entwicklung, die ich mit Sorge sehe.

Lassen Sie mich nun auf die wesentlichen Entwicklungen bei unseren Beteiligungsgesellschaften eingehen.

Die Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH - kurz KVVH -, die neben dem Geschäftsfeld Rheinhafen als reine Finanzholding fungiert, wird schon 2015 nicht mehr in der Lage sein, im kommunalen Querverbund Gewinne zu erwirtschaften. Die Verluste der VBK von 28 Millionen Euro, der KASIG von 1,2 Millionen Euro und der Bädergesellschaft von 2,6 Millionen Euro können 2015 nicht mehr durch den Stadtwerkebeitrag von 21,4 Millionen Euro und aus den stetig geringer werdenden Erträgen aus der Dividende der EnBW prognostiziert für 2015 von 3,2 Millionen Euro ausgeglichen werden. Wir haben mal 10 Millionen Euro erhalten.

Die KVVH geht in ihrer Mittelfristplanung von einem Anstieg der jährlichen Fehlbeträge auf bis zu 35,7 Millionen Euro allein für das Jahr 2019 aus. Dadurch werden nach heutiger Einschätzung der bestehende Gewinnvortrag und die Kapitalrücklage vollständig aufgebraucht sein. Vor diesem Hintergrund sind einschneidende Schritte zur Stabilisierung des KVVH-Konzerns notwendig.

Insbesondere müssen Konsolidierungsmaßnahmen bei der VBK zeitnah angegangen werden. Zwischen 2015 und 2019 wird der Verlust der VBK von 28 Millionen Euro auf 56,7 Millionen Euro ansteigen. Ursächlich sind neben dem Wegfall der Landesförderung für das sog. rollende Material, also der Fahrzeuersatzbeschaffung, die gestiegenen Anforderungen im Betrieb oder bei der Wartung von Fahrzeugen. In dem für 2019 prognostizierten Defizit ist erstmals die Jahrespacht für die Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels von 16,4 Millionen Euro enthalten.

Die Stadtwerke Karlsruhe erwartet nach dem schwierigen Geschäftsjahr 2014 in 2015 wieder eine Stabilisierung ihres Ergebnisses. Sie stellt sich den Herausforderungen der Energiewende mit neuen Produkten, die schrittweise in den Markt eingeführt werden, und einem großen Investitionsprogramm in erneuerbare Energien, intelligente Netze und Energieeffizienztechnologien in dreistelliger Millionenhöhe. Vor dem Hintergrund der Netzregulierung und des verschärften wettbewerblichen Umfeldes müssen auch die Stadtwerke kontinuierlich an Optimierungsmaßnahmen arbeiten.

Die Karlsruher Bädergesellschaft mbH hat in den letzten Jahren ihr Defizit verringern können. Ein weiterer Baustein aus dem Bäderkonzept, nämlich der Umbau des Fächerbads zu einem Kombibad, wird umgesetzt. Nach Abschluss dieser Maßnahme muss im Gemeinderat im Hinblick auf das genehmigte Budget sicherlich über die weitere Umsetzung des Bäderkonzepts nachgedacht werden.

Da die Aufgaben der VOLKSWOHNUNG GmbH im Bereich Konversion und Bauträgertätigkeiten auslaufen, wird sich diese verstärkt auf den Bereich des Mietwohnungsbaus konzentrieren. In den kommenden fünf Jahren sollen 1.250 Mietwohnungen gebaut werden. Rund 60 Prozent sollen der Mietpreisbindung unterliegen. Trotz der hohen Mietwohnbauinvestitionen wird für 2015 bis 2019 mit stabilen Überschüssen zwischen 5,6 und 5,9 Millionen Euro gerechnet.

Die Karlsruher Fächer GmbH entwickelt sich weiterhin sehr positiv; es werden hohe Überschüsse erwartet. Die Konversion des Kreativparks „Alter Schlachthof“, die von der KFE (der Karlsruher Fächer GmbH & Co. Stadtentwicklungs-KG) umgesetzt wird, ist in vollem Gange. Die den Fächergesellschaften übertragenen Aufgaben sind im Wesentlichen abgearbeitet. Es wird nun Sache des Gemeinderates sein, die Zukunft der Fächergesellschaften zu gestalten und diesen ggf. neue Aufgaben zu übertragen.

Das Städtische Klinikum als Krankenhaus der Maximalversorgung hat bereits umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt, aber auch hier müssen weitere folgen. Für 2015 ist ein Einsparvolumen von 1,7 Millionen Euro vorgesehen, um den Jahresverlust auf rund 1,5 Millionen Euro zu reduzieren. Für die Folgejahre werden wieder ausgeglichene Ergebnisse angestrebt.

Das operative Geschäft der Karlsruher Messe- und Kongress- GmbH (KMK) ist durchaus positiv. So wird zwar für das Geschäftsjahr 2015 ein Fehlbetrag von 12,6 Millionen Euro erwartet, der aber in der mittelfristigen Planung bis 2019 auf 11,6 Millionen Euro reduziert werden soll. Mit der Rückkehr der Weltmesse für Gebrauchtechnik wurde ein richtiger und wichtiger Schritt getan. Und die KMK hat durchaus positive Auswirkungen nicht nur für Karlsruhe, sondern auch für die gesamte TechnologieRegion. Ein Euro Um-

satz der KMK führt zu 6,50 Euro Umsatz bei den Unternehmen. Dies ist eine durchaus bemerkenswerte Umwegrentabilität. Damit kann sich Karlsruhe vor Messestädten wie Essen, Köln oder Leipzig behaupten.

Im Frühjahr hat der Gemeinderat wichtige strategische Weichenstellungen vorgenommen: Aus der KMK wurde der Geschäftsbereich Tourismus herausgelöst und in die neu gegründete Karlsruhe Tourismus GmbH überführt. Daneben gibt es die - ebenfalls neu geschaffene - Karlsruhe Event GmbH und die bisherige Stadtmarketing Karlsruhe GmbH. Die Neuorganisation ist abgeschlossen, die Gesellschaften haben in den letzten Monaten ihre Projekte voran getrieben. Natürlich gilt es nun für jede Gesellschaft ihr Profil zu schärfen und sich innerhalb der neuen Struktur zu bewähren. Selbstverständlich werden wir Sie über die weitere Entwicklung - auch zum Thema "Holding" - informieren.

Vor einer Weichenstellung in ihrer strukturellen Weiterentwicklung steht auch die Heimstiftung Karlsruhe. Es ist zeitnah zu entscheiden, ob die Stiftung in den Standort Klosterweg investiert, oder ob andere Standorte von Betreuungseinrichtungen gewählt werden müssen. In 2015 wird ein Defizit von 300 Tausend Euro erwartet, auch die weiteren Jahre gehen von diesem negativen Ergebnis aus. Eventuell muss man über eine engere Zusammenarbeit mit anderen Stiftungen oder mit Freien Trägern nachdenken.

Abschließend will ich unsere derzeitige Situation zusammenfassen und Ihnen ein Arbeitsprogramm für die beiden kommenden Jahre aufzeigen:

- Unsere wesentlichen Erträge haben historische Höchststände erreicht, sind aber stark konjunkturabhängig.
- Die Aufwandsseite steigt stetig und in manchen Bereichen gegenüber den Erträgen sogar überproportional an. Die Zuschüsse von Bund und Land können dies nicht auffangen.
- Einige Beteiligungsgesellschaften zeigen mehr und mehr strukturelle Defizite, für die zeitnah Lösungen gefunden werden müssen.
- Das Investitionsprogramm umfasst 375 Millionen Euro. Mehr als die Hälfte wird durch Kredite finanziert werden müssen.
- In der mittelfristigen Perspektive wird das strukturelle Defizit weiter ansteigen.

Da die Maximalverschuldung des Kernhaushalts uns eine Grenze setzt, müssen wir gemeinsam ein „Arbeitsprogramm“ auflegen, welches alle Verwaltungsbereiche und die Beteiligungsgesellschaften einbezieht. Ziel muss es sein, mittel- und vor allem langfristig einen finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten. Dafür sind alle Maßnahmen anzugehen, um mindestens einen Haushaltsausgleich zu erreichen und einen stabilen Zahlungsmittelüberschuss zur Finanzierung der Investitionen zu erwirtschaften.

Hierzu müssen wir

1. alle Ertrags- und Aufwandspositionen kritisch analysieren;
2. die Verwertung von städtischen Immobilien prüfen;
3. verstärkt Mittel aus europäischen, bundes- und landesweiten Fördertöpfen abrufen;

4. alle geplanten Projekte auf ihren Bedarf und/oder ihre zeitliche Streckung hin untersuchen. Dazu gehört auch eine Prioritätensetzung bei den Investitionen unter Einbeziehung der Folgekosten.

Ich wünsche uns allen die Kraft dieses Arbeitsprogramm nicht nur zu vereinbaren, sondern auch umzusetzen. Denn es geht um die Verantwortung, die wir für die künftigen Generationen haben. Diese haben einen Anspruch darauf, dass wir mit Blick auf die Zukunft verantwortungsvoll und nachhaltig haushalten. Oder wie es treffend Finanzminister Georg Unland aus Sachsen einst treffend feststellte:

"Was wir heute ausgeben, müssen wir heute erarbeiten und dürfen es zukünftigen Generationen nicht als Mitgift mitgeben."

Schließen möchte ich mit dem Dank an alle Kolleginnen und Kollegen in der Kernverwaltung und den städtischen Gesellschaften für die Mitwirkung am vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Ein besonderer Dank gilt der Kämmerei, stellvertretend Herrn Dollinger und Herrn Deck, für die intensiven Vorarbeiten.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf konstruktive Beratungen über diesen Haushalt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
5. Dezember 2014